


Basisdaten Dänemark Tab. 2.1.

Tab. 2.1 Basisdaten Dänemark. (Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Eurostat 2013c, 2013d, 2013e, 2013f; OECD StatExtracts o. J.; Wikimedia Commons 2011a)

Staatsform	Konstitutionelle Monarchie mit parlamentarisch-demokratischem Regierungssystem		
Staatsoberhaupt	Königin Margrethe II.		
Amtssprache	Dänisch; Minderheitensprachen: Deutsch, Färöisch, Grönländisch		
Regierungschef	Helle Thorning-Schmidt (Sozialdemokraten)		
Arbeitslosigkeit	7,5 % (2012)	Reales BIP pro Kopf	37.300 €(2012)
Anteil am BIP		Inflationsrate	2,4 % (2012)
- Landwirtschaft	3 %	Bevölkerung	5.602.628 (1/2013)
- Industrie	26 %		
- Dienstleistungen	71 %		
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	68,5 % (2010)	Fläche	43.094 km² (Hauptland) 1.393 km² (Färöer Inseln) 2.166.086 km² (Grönland)
Stimmanteile Sozialdemokraten	24,8 % (2011)	Hauptstadt	Kopenhagen

2.1 Einführung: Politische Geschichte

Das Königreich Dänemark gerät, verglichen mit dem großen Nachbarn Schweden und spätestens seit den PISA-Erfolgen auch verglichen mit Finnland, in der öffentlichen Debatte um die nordischen Länder manchmal in Vergessenheit. Zu Unrecht: Dänemark steht für eine nordische Konsensdemokratie, die sich durch Absprachen und Kompromisse zwischen den politischen Akteuren auszeichnet (Nannestad 2009, S. 65) und auch politisch sehr interessante Ansatzpunkte bietet, v. a. auf dem Feld der Arbeitsmarktpolitik. Angesichts des Erfolges rechtspopulistischer Strömungen gibt die aktuelle dänische Politik allerdings auch Anlass zum kritischen Nachdenken.

Die Staatsbildung Dänemarks ist nicht genau zu datieren. In der Legende von Beowulf wird von Harald Hildetand berichtet, der Ende des 7. Jahrhunderts die Dänen geeint haben soll. Obwohl Chronisten aus dieser Zeit von Dänen und ihrem Staat berichten, können lediglich durch Funde des Dänenwerks (Danevirke), jenes Grenzwalls südlich der Eider, der bereits im 8. Jahrhundert bestand, Rückschlüsse auf eine mächtige, vielleicht staatsähnliche Struktur gezogen werden. Dennoch bezeugen Bootsfunde zu Beginn des 5. Jahrhunderts Handelsverbindungen von Dänemark bis ans Schwarze Meer, für die es eine umfassende Verwaltungsstruktur gegeben haben muss. Nichtsdestoweniger ist die erste Reichsbezeichnung „Dänemark“ erst auf einem Runenstein von 940 nachzuweisen (Findeisen 1999, S. 30–34).

Ab dem 8. Jahrhundert breiteten sich dänische Wikinger an französischen und britischen Küsten aus. Mit ihren ausgereiften Bootskonstruktionen konnten sie auch Flüsse befahren, gelangten auf diese Weise sogar bis nach Trier oder Konstantinopel. Zeitgleich erlebte Europa eine Welle der Christianisierung, die dem mythischen Glauben der Wikinger mit ihrem obersten Gott Odin entgegenbrandete. Auch wenn die dänischen Wikinger von den Christen gefürchtet wurden, waren sie nicht nur Plünderer, sondern aufgrund ihrer Seefahrtkenntnisse auch erfolgreiche Händler. Die Blütezeit der Wikinger begann 867 als sie das englische York besetzten – und für 100 Jahre dort bleiben sollten. Die Wikinger waren nicht national organisiert, sondern es gab viele einzelne Stämme, die sich zum Teil feindlich gesinnt waren. Die weitreichende Verbreitung des Christentums sowie neue Schiffstechniken leiteten Mitte des 11. Jahrhunderts den Untergang der dänischen Wikinger ein (Findeisen 1999, S. 36–37, 40, 43–45).

An diese Phase schloss sich die Regentschaft König Svend Estridsens (ca. 1020–1074) an, der primus inter pares verschiedener Wikingerkönige geworden war und der ein geeintes Königreich etablieren konnte. Gute Beziehungen zum Papst konnten seine Position festigen, dessen ungeachtet blieb die lokale Aristokratie allerdings weiterhin mächtig. Aufgrund von Streitigkeiten zwischen diesen lokalen Autoritäten wurde Svend Estridsens schließlich auch gestürzt und erst viele Jahrzehnte später wurde das Reich unter Waldemar I. der Große (1131–1182) wieder geeint. Dessen Nachkomme Waldemar II. (1170–1241) erweiterte sein Herrschaftsgebiet, das zu Hochzeiten weite Teile des Ostseeraums, Skåne, Blekinge und Halland in Schweden, Teile Norddeutschlands, Nordpolens und Estlands umfasste. Fortwährende Erbschaftsstreitigkeiten rissen aber unaufhörlich an dieser nationa-

len Einheit (Findeisen 1999, S. 49–55, 65). Nicht nur die schwedischen Gebiete wurden zum Zankapfel, sondern auch die Macht um den Handel mit der Hanse. Den Streit mit der Hanse verlor Dänemark und musste sich laut dem Frieden von Stralsund 1370 unterordnen. In den darauffolgenden Jahrzehnten wechselten die Grenzen zwischen Dänemark, Schweden und Norwegen unaufhörlich, doch um mehr Macht gegenüber der Hanse und Deutschland zu erlangen, schlossen sich die Länder 1397 zur Kalmarer Union zusammen. Die dänische Königin Margrethe inthronisierte Erik von Pommern als Unionskönig, der Herrscher über die drei nordischen Reiche wurde. Die Zeit der Kalmarer Union, in der es zu keiner Zeit eine gemeinsame Strategie der beteiligten Länder gegeben hatte, gilt insgesamt als wenig erfolgreich und endete 1523 (Findeisen 1999, S. 74–85).

Im Gegensatz zu den von Reformation und Gegenreformation geschüttelten kontinentaleuropäischen Ländern verlief die Reformation in Dänemark ruhig, wie es für die nordischen Länder typisch war (Abschn. 6.2.2). Kirche und Staat wurden dabei in den Königen vereint, von denen einer der besonders bedeutenden dieser Zeit Christian IV. (1577–1648) war, der sich einerseits für die Wohlfahrt des Volkes andererseits für seine Machterhaltung einsetzte. Gegen den Rat der adligen Kreis- und Reichsräte führte er Krieg gegen Schweden, woraus ein schwelender Konflikt um die Gebiete Skåne und Blekinge entstand (Findeisen 1999, S. 123–129).

Anno 1676 griffen die Dänen mit ihren niederländischen Verbündeten Ystad an und waren – dank der Unterstützung der Bevölkerung – siegreich. In Lund kam es mit rd. 8.000 gefallenen Soldaten zum opfervollsten Gefecht auf nordischem Boden, bei dem die Schweden knapp die Oberhand behalten konnten. 1700 griffen die Dänen mit den Bündnispartnern Polen und Russland dann erneut das damals verhasste Schweden an. Zu diesem Zeitpunkt konnte sich Schweden mit Unterstützung der englischen Flotte noch verteidigen, hingegen erreichte ein erneutes Bündnis mit Russland neun Jahre später die Besetzung der strategisch gelegenen Feste von Helsingborg. Schlechte Versorgung, Kälte und eine zunehmend dänenfeindliche Bevölkerung führten dazu, dass die Dänen 1710 allerdings bereits wieder über den Sund zurückgedrängt wurden und diesen nie wieder feindlich überqueren sollten.

Die jahrhundertelangen Auseinandersetzungen der beiden nordischen Kontrahenten endeten offiziell gleichwohl erst 1721 im Frieden von Nystad. Infolge dessen konnte sich das dänisch-norwegische Reich wirtschaftlich erholen und es etablierte sich ein aufgeklärter Absolutismus mit behutsamen Reformen, bei dem der Staatsrat zum eigentlichen Regierungsorgan wurde. Begünstigt durch ein gewaltiges Bevölkerungswachstum in Europa, erlebte der Export von landwirtschaftlichen Produkten eine Hochzeit. Mit Hilfe der Erlöse baute Dänemark seine Flotte zu neuer Stärke aus, was der dominierenden englischen Flotte missfiel und worauf diese 1801 und erneut 1807 Dänemark angriff. Daraufhin knüpfte Dänemark sein Schicksal an Frankreich, doch als 1814 Napoleon abdankte, ergab sich für Schweden die Möglichkeit, die norwegischen Gebiete zu besetzen und das dänisch-norwegische Reich von 1380 zerbrach (Findeisen 1999, S. 143–157).

Kriegerische Auseinandersetzungen fanden außerdem zwischen Dänemark und Deutschland statt.

- Zum einen wurde 1864 der deutsch-dänische Krieg ausgetragen, bei dem Dänemark das umkämpfte Schleswig-Holstein an Preußen abtreten musste und wichtige Hafen- und Eisenbahnverbindungen verlor (Findeisen 1999, S. 184).
- Zum anderen wurde Dänemark im 2. Weltkrieg von April 1940 bis Mai 1945 von deutschen Truppen besetzt.

Dies stellte den Tiefpunkt der dänisch-deutschen Beziehungen dar. Dennoch war die Besetzung Dänemarks im Vergleich zur Besetzung anderer Länder durch die Nazis weniger zerstörerisch, gleichwohl durchaus gewaltsam. Einerseits war Dänemark vor allem Durchgangsstation nach Norwegen, andererseits benötigte man die dänische Landwirtschaft für die Versorgung der Bevölkerung.

Nach der Besetzung im Zuge der „Operation Weserübung“ blieb die dänische Regierung im Amt, was ihr z. T. den Vorwurf einbrachte, die Neutralität aufgegeben zu haben. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass gewaltsamer Widerstand gegen die Deutschen möglicherweise verheerende Folgen gehabt hätte. Anzumerken ist außerdem, dass es damals keine nennenswerten nationalsozialistischen Parteien oder Gruppierungen in Dänemark gegeben hatte.

Nach Regierungsumbildungen und ersten deutschen Erfolgen im Krieg schwenkte die dänische Politik von einer passiven in eine aktivere Kollaborationspolitik um, woraufhin sich aus dem englischen Exil Widerstand gegen die Besatzer regte. Wurde bei den Wahlen am 23.03.1943 die Kollaboration unterstützt, so wandelte sich dies – auch aufgrund von Niederlagen der Deutschen – allerdings erneut schnell. Auf die in diesem Zuge initiierten Sabotageakte und Streiks reagierten die Deutschen mit einem härteren Vorgehen gegen Widerstandskämpfer, der Deportation von dänischen Juden in Konzentrationslager, der Auflösung der dänischen Polizei und im August 1943 sogar mit der Absetzung der dänischen Regierung, die zwar weiterhin arbeitete, aber von Deutschland gesteuert wurde. Verschiedene Widerstandsgruppen schlossen sich in der regierungslosen Zeit zur „heimlichen Regierung“, dem Freiheitsrat, zusammen – eine Art Untergrundarmee, die von Schweden aus operierte. Aufgrund von Erfolgen der Alliierten kapitulierten die deutschen Truppen am 05.05. in Dänemark bzw. am 08.05.1945 auf Bornholm. Vielen Kollaborateuren wurde ein juristischer Prozess gemacht, einige wurden durch Racheakte ermordet. Im Vergleich zu Norwegen war Dänemark weniger zerstört und konnte nach dem 2. Weltkrieg auf eine gute Infrastruktur und eine intakte Landwirtschaft zurückgreifen. Trotzdem waren tausende Menschen durch die Besatzer gestorben (Frandsen 1994, S. 175–188).

Die Südschleswig-Frage um den Grenzverlauf im Süden blieb auch nach dem Krieg brisant. Viele Südschleswiger wollten Dänemark eingegliedert werden und unterstützt von den britischen Besatzern wurde Dänemark das Angebot unterbreitet, Südschleswig zu annektieren. Jedoch wurde dies von der dänischen Regierung nicht angenommen, da man die innere Stabilität Dänemarks gefährdet sah und aufgrund dessen die dänisch-

deutsche Grenze nach Süden unverändert ließ. Noch heute lebt eine deutsche Minderheit in Nordschleswig (Dänemark) und eine dänische Minderheit in Südschleswig (Deutschland). Beide genießen in den jeweiligen Ländern Minderheitenschutz (Frandsen 1994, S. 191–193).

Dänische Territorien: Färöer Inseln, Grönland, Island und die Kolonien

Nach einer vorübergehenden Zeit der englischen Besatzung ab 1940 verfolgten die Färöer Inseln eigentlich das Ziel, vollständig von Dänemark unabhängig zu werden. Eine komplette Abspaltung wurde von der dänischen Regierung jedoch nicht gestattet, gleichwohl gewährte Kopenhagen ein weitgehendes Autonomierecht. Seit 1948 entsenden die Färöer Inseln zwei verbindliche Repräsentanten, welche die Interessen im dänischen Parlament vertreten. Zudem entsenden sie eigene Vertreter in den Nordischen Rat. Die Färöer Inseln sind nicht Mitglied der EU, haben dennoch die dänische Währung als Zahlungsmittel.

Die in der färöischen Hauptstadt Tórshavn ansässige Reederei Smyril Line betreibt die Fährverbindung zwischen Dänemark und Island. Die Route erfreut sich bei Campingurlaubern, die in Island nicht auf das eigene Wohnmobil oder den Wohnwagen verzichten möchten, einiger Beliebtheit. Die Fähren machen auf den Färöern Station, weshalb die Inseln auch begrenzte touristische Bedeutung erlangt haben. Bemerkenswert ist die färöische Biermarke „Föroya Bjór“, gebraut in Kalksvík, nach Tórshavn zweitgrößte Stadt der Inseln. Zu Ehren der rd. 80.000 Schafe (auf den Inseln leben also mehr Schafe als Menschen) ist auf dem Etikett ein Widderkopf abgebildet. Föroya Bjór gibt es außerhalb der Inseln und abseits der Smyril Line-Fähre Norröna zwar so gut wie nicht zu kaufen, jedoch gelang es der Marke, sich einen soliden Ruf unter Bierexperten aufzubauen.

Schließlich steht den Färingern ein Verweis auf ihre Verdienste im Fußball zu: Das 1:0 gegen Österreich aus dem Jahr 1990 gehört für die Inselbewohner zu den Grundfesten ihres ausgeprägten Nationalstolzes. Damals war noch der legendäre Torwart Jens Martin Knudsen aktiv, der nicht zuletzt dank seines Markenzeichens (er stand stets mit weißer Pudelmütze auf dem Platz) auch international Bekanntheit erlangte. Mit einem 1:2 gegen den amtierenden Weltmeister Italien im Jahr 2007 sowie mit einem Unentschieden (1:1) gegen, wieder einmal, Österreich im Jahr 2010 konnte die färöische Mannschaft auch später Erfolge erzielen, die für die jeweiligen Gegner besonders schmerzhaft waren.

Im anderen überseeischen Hoheitsgebiet Dänemarks, in Grönland, formierte sich keine Unabhängigkeitsbewegung im 2. Weltkrieg; dieses Gebiet wurde wie die Färöer Inseln den anderen Landesteilen gleichgestellt, besitzt ein weitgehendes Selbstverwaltungsrecht und entsendet ebenfalls zwei Vertreter ins Parlament (Findeisen 1999, S. 233).

Noch bis ins Jahr 1940 hatte der dänische König souveräne Rechte über Island. Mit der deutschen Besetzung Dänemarks verfolgte dann Island das Ziel, sich von Dänemark loszusagen und die Union zu kündigen. 1941 entschied sich das isländische Parlament (Allting) für die Auflösung des Unionsvertrages mit Dänemark. Zunächst übernahm Großbritannien und anschließend die USA das Oberkommando über die nordatlantische Insel. Beide Parteien wollten eigentlich, dass Island mit der Auflösung der Union bis zum Kriegsende warten sollte. Ungeachtet dessen beschloss das Allting eine Volksbefragung, bei der sich eine überwältigende Mehrheit für die Unabhängigkeit aussprach, woraufhin am 17.06.1944 die Republik Island ausgerufen wurde, deren erster Präsident Sveinn Björnsson wurde (Findeisen 1999, S. 227).

Der dänische Demokratisierungsprozess setzte bereits ab 1660 ein, als Ständewahlen eingeführt wurden und eine Wahlverordnung verfasst wurde. Erst 1831 aber wurden weiten Bevölkerungsgruppen (z. B. Bauern) Mitspracherechte eingeräumt und 3 Jahre später initiierte die Ständeversammlung eine verfassungsähnliche Schrift, in der Adlige nicht mehr privilegiert waren und sich mit Bauern und Bürgerlichen nun auf einer Stufe wiederfanden (Findeisen 1999, S. 177). Die erste gültige Verfassung wurde 1849 niedergeschrieben, jedoch waren der amtierende König Christian IX. (1818–1906) und sein Innenminister Jacob Brønnum Scavenius Estrup stark skeptisch gegenüber dieser Verfassung eingestellt, da sie unter anderem das allgemeine Wahlrecht beinhaltete. Sie setzten deshalb durch, dass für die Erste Kammer nur vermögende Wähler zur Urne schreiten durften. Eine Reform konnte erst 1872 durchgesetzt werden, als in der Zweiten Kammer linke und liberale Politiker die Mehrheit erreichen konnten (Findeisen 1999, S. 190–193).

Wichtige Veränderungen im Wahlrecht stellte durch das 20. Jahrhundert hindurch zudem eine stetige Herabsetzung des Wahlalters bis auf 21 Jahre dar (Svensson 1974, S. 127). Auf die heute gültigen 18 Jahre wurde das Wahlalter schließlich durch eine Grundgesetzänderung 1978 herabgesetzt.

Das dänische Sozialsystem ist typisch für sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten und wurde nach der Industrialisierung ab Mitte bzw. Ende des 19. Jahrhunderts vorangetrieben. In Anlehnung an Einhorn u. Logue (1989, S. 172–176) beschreibt Schmid die Entstehungsphasen des dänischen Sozialversicherungssystems folgendermaßen:

- „Zusammenfassung einzelner kollektiver Formen zu einem einheitlichen nationalen System sozialer Sicherung bzw. entsprechenden gesetzlichen Regelungen (ca. 1890–1930)
- Entwicklung eines universalistischen Systems sozialer Sicherung unter sozialdemokratischen Regierungen (ca. 1930–1960)
- Ausbau des Wohlfahrtsstaates sowie z. T. Stagnation und Krisenmanagement (seit 1960)“ (Schmid 2010, S. 147).

Die ersten Versicherungen beruhten zunächst auf freiwilliger Basis, die erst allmählich durch staatliche Zuschüsse subventioniert wurden. 1891 wurden die ersten Kranken- und Rentenversicherungssysteme entwickelt und 1898 eine gesetzliche Unfallversicherung. Bei diesen Versicherungen handelte es sich noch nicht um Pflichtversicherungen, diese wurden erst gegen Ende der von Schmid beschriebenen ersten Phase und zu Beginn der zweiten Phase gesetzlich verankert (Unfallversicherung 1916, Rentenversicherung 1921/1922 und gesetzliche Krankenversicherung 1933). Lediglich die Arbeitslosenversicherung ist weiterhin freiwillig und beruht auf dem Genter Modell, das in Abschn. 2.4.2 vorgestellt wird (Schmid 2010, S. 148).

2.2 Polity: Grundzüge des politischen Systems

2.2.1 Verfassung

Die dänische Verfassung (Danmarks Riges Grundlov, kurz: Grundlov) wurde am 05.06.1849 verabschiedet und ist in weiten Teilen in ihrer ursprünglichen Form erhalten. Lediglich in den Jahren 1915, 1920 und 1953 wurden Verfassungsänderungen durchgeführt, weshalb das Grundgesetz als resistent bezeichnet werden kann. Ein entscheidender Grund für diese Resistenz der Verfassung gegenüber Änderungen ist eine seit 1915 verankerte obligatorische Volksbefragung bei Verfassungsänderungen. Eine Mehrheit von 40 % der Wahlberechtigten muss einer vorgeschlagenen Verfassungsänderung zustimmen, um diese verabschieden zu können. Bereits 1901 wurde das parlamentarische System in der Verfassung verankert, jedoch erst mit der letzten Verfassungsänderung im Jahr 1953 umgesetzt (Nannestad 2009, S. 65–66).

Die bis ins Jahr 1849 bestehende absolutistische Monarchie wurde durch die Verfassung in begrenztem Umfang eingeschränkt und in eine konstitutionelle Monarchie überführt. Der König hatte zum damaligen Zeitpunkt noch die Regentschaft über die Exekutive, allerdings benötigte er für Entscheidungen die Gegenzeichnung eines Ministers. In der Legislative teilte sich der König die Macht mit dem Parlament, welches zu Beginn in zwei Kammern aufgeteilt war (erste Kammer = Landsting; zweite Kammer = Folketing). Durch die Verfassungsänderung 1915 wurde das Verhältniswahlrecht für die Parlamentswahlen eingeführt, womit eine Ausweitung des Wahlrechts auf Frauen und 1920 die Absenkung des Wahlalters von 30 auf 25 Jahre einherging, was vor allem vom linken Parteienflügel begrüßt wurde. Im Gegenzug wurde der konservativen Seite, die vornehmlich im Landsting vertreten war, das Zugeständnis gemacht, bei Verfassungsänderungen ein obligatorisches Referendum vorzuschalten (Nannestad 2009, S. 66–67).

König Frederik VII. (1808–1863) war von der ersten Verfassung, obwohl er sie unterschrieben hatte, wenig überzeugt. Die darin enthaltenen Elemente wie allgemeines aktives und passives Wahlrecht für beide Kammern, die Trennung der Staatsgewalten, religiöse Freiheit, Gewerbefreiheit, die Betrachtung der evangelisch-lutherischen Kirche als

Volkskirche, die Aufhebung von Zensur und somit die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie waren ihm zu umfassend. Wenngleich man freilich noch nicht von einer demokratischen und allgemeinen Wahl nach heutigem Verständnis sprechen konnte, denn für das Landsting wurde eine indirekte Wahl in Amtskreisen durchgeführt, in der die Vertreter über 40 Jahre alt sein und über jährliche Einnahmen von mindestens 1.200 Reichstalern verfügen mussten. Die Repräsentanten im Folketing mussten über 25 sein und wurden in Einmannkreisen mit direkter Wahl gewählt. Bei den Wahlen durften nur „unbescholtene“ Männer über 30 Jahre und mit eigenem Haushalt abstimmen (Skovmand et al. 1973, S. 116–118).

Um die parlamentarische Macht gegenüber dem Monarchen zu festigen, wurde 1939 der Versuch unternommen durch eine Verfassungsänderung die zwei Kammern zu vereinigen. Dieser Versuch scheiterte und erst 1953 wurde das Zweikammersystem aufgelöst; seitdem existiert nunmehr das alle 4 Jahre gewählte Folketing mit 179 Mitgliedern. Die Verfassungsänderung von 1953 beinhaltete außerdem eine Herabsetzung des Wahlalters auf 23 Jahre, Klarheit bei der Frage um Grönland und Erbfolgeregelungen für die Monarchie, nach denen von nun an auch weibliche Thronfolger Staatsoberhaupt werden können (Nannestad 2009, S. 67).

In § 2 der dänischen Verfassung wird die Regierungsform als „begrenzt-monarchisch“ (Folketinget 2009, S. 3, Kapitel I, § 1) bezeichnet, was sich in einer „Gewaltenverschränkung“ (Nannestad 2009, S. 68) ausdrückt. Letztendlich verbleiben beim König gewisse exekutive und legislative Funktionen (siehe ausführlicher Abschn. 2.2.3 und Abschn. 2.2.4).

Die unterste Ebene der Judikative bilden die dänischen Stadtgerichte (Byretter). Auf der nächsthöheren Ebene existieren zwei Landesgerichte für das östliche (Østre Landsret) und für das westliche Dänemark (Vestre Landsret). Die höchste juristische Instanz stellt der oberste Gerichtshof (Højesteret) dar. Ein eigenes Verfassungsgericht gibt es in Dänemark nicht, die existierenden Ebenen des Rechtssystems müssen sich stattdessen Verfassungsfragen annehmen. Bei Verfahren gegen Minister wird ein gesondertes Reichsgericht gebildet, das sich aus Richtern des obersten Gerichtshofes zusammensetzt (Nannestad 2009, S. 100).

Die dänische Verfassung sieht verschiedene Möglichkeiten für die Durchführung eines Referendums vor:

- ein fakultatives sowie
- ein obligatorisches Referendum.

Für ersteres muss sich mindestens ein Drittel des Parlaments aussprechen. Ein obligatorisches Referendum ist verpflichtend und gilt bei Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen oder der Übertragung von Befugnissen an internationale Organisationen. In diesen Bereichen muss für eine Entscheidung entweder eine 5-Sechstel-Mehrheit im Folketing erreicht werden oder eben ein Referendum positiv ausfallen, bei dem ein Quorum von 40 % überschritten wird (Nannestad 2009, S. 68, 88–90; Damgaard 2004, S. 127) (siehe Tab. 2.2).

Tab. 2.2 Dänische Referenden seit 1916. (Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Nannestad 2008, S. 152 und Danmarks Statistik 2009)

Referendum/Gegenstand	Wahlbeteiligung (%)	Resultat
Verfassungsänderungen (obligatorisch)		
06.09.1920	49,6	Annahme
23.05.1939	48,9	Ablehnung
28.05.1953	59,1	Annahme
Wahlrechtsalter (obligatorisch)		
28.05.1953 (Wahlalter von 25 auf 23)	57,1	Annahme
30.05.1961 (Wahlalter von 23 auf 21)	37,3	Annahme
24.06.1969 (Wahlalter von 21 auf 18)	63,6	Ablehnung
21.09.1971 (Wahlalter von 21 auf 20)	86,2	Annahme
19.09.1978 (Wahlalter von 20 auf 18)	63,2	Annahme
Souveränität (obligatorisch)		
2.10.1972 (EG-Beitritt)	90,1	Annahme
2.06.1992 (Maastricht Vertrag)	83,1	Ablehnung
28.05.1998 (Amsterdam Vertrag)	74,8	Annahme
28.09.2000 (Euro)	87,6	Ablehnung
07.06.2009 (Änderung Thronfolge)	59,4	Annahme
Gesetz (fakultativ)		
25.06.1963 (4. Raumplanungsgesetz)	73,0	Ablehnung
Fakultativ, nicht bindend		
14.12.1916 (Westindische Inseln an USA)	37,4	Annahme
27.02.1986 (Einheitliche Europäische Akte)	75,4	Annahme
Fakultativ, bindend		
18.05.1993 (Edinburgher Abkommen)	86,2	Annahme

Zwei der wichtigsten Entscheidungen waren der Beitritt zur EG 1973 (mehr in Abschn. 2.4.4) und im September 2000 das „Nein“ zur europäischen Gemeinschaftswährung. Das letzte dänische Referendum wurde 2009 durchgeführt und ab diesem Zeitpunkt sind Männer und Frauen in der Thronfolge gleichberechtigt.

2.2.2 Gebietskörperschaftlicher Aufbau und bedeutende Zentren

Dänemark teilt sich geographisch – und mittlerweile auch politisch – in die Regionen Nord- und Mittellütland, die Region Süddänemark, zahlreiche Inseln, von denen die größte die Region Seeland ist, auf der Kopenhagen liegt und zu der formal die Ostseeinsel Bornholm gehört. Den Regionen wurden in den letzten Jahren Aufgaben wie das Gesundheitswesen, Krankenhausverwaltung oder die Regionalentwicklung übertragen (Krogh 2011, S. 314).

Neben diesem dänischen Kernraum gehören die Färöer Inseln im Nordatlantik und Grönland zum dänischen Hoheitsgebiet. Allerdings sind die Färöer Inseln (seit 1948) und Grönland (seit 1953/1979) weitgehend selbstverwaltet, entsenden jedoch jeweils zwei Mitglieder in das dänische Parlament.

Der flächenmäßig kleinste Staat der nordischen Länder hat eine Einwohnerzahl von rd. 5,6 Mio. (Stand: Januar 2013), von denen etwa 1,2 Mio. in der Hauptstadtregion Kopenhagen leben (Danmarks Statistik 2013). Insgesamt 5 Städte haben eine Einwohnerzahl von über 100.000 Personen. Kopenhagen (560.000 Einwohner) ist das kulturelle, wirtschaftliche und politische Zentrum Dänemarks. Sowohl politische Institutionen wie das Parlament als auch der Sitz wichtiger Unternehmen (z. B. der Reederei Møller-Mærsk) liegen in der Hauptstadt. Als Hafenstadt ist Kopenhagen für internationale Kreuzfahrten bekannt und der Flughafen Kastrup wird als Nordeuropa-Hub angesehen. Zahlreiche Universitäten und Hochschulen wie die Copenhagen Business School, die Danmarks Tekniske Universitet und die mit rd. 38.000 Studenten und 9.000 Angestellten größte Universität, die Københavns Universitet (Københavns Universitet o. J.) befinden sich hier. Aarhus (205.000) ist mit seiner strategischen Lage am Meer wichtig für den Import und Export von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten. Mit 203.000 Einwohnern ist Aalborg ein wichtiges Zentrum im Nordosten Jütlands. In den Bereichen Schiffbau, Textilgewerbe und Möbelherstellung ist die Stadt bedeutend. Odense (193.000) liegt auf der Insel Fünen zwischen Seeland und der Region Süddänemark, deren Universität hier ihren Hauptsitz hat. Frederiksberg (102.000) liegt in der Hauptstadtregion Kopenhagen und hegt enge Beziehungen zu dieser (alle Bevölkerungszahlen Stand Januar 2013 nach Danmarks Statistik). Durch Gebietsreformen, die am 01.01.2007 umgesetzt wurden, verlor Frederiksberg seine Eigenständigkeit als Amtskreis.

Die Verwaltungsstruktur Dänemarks wurde in zwei sog. Strukturreformen stark verändert, wobei bei der ersten Strukturreform 1970 die insgesamt ca. 1.300 Kommunen zu 275 Kommunen zusammengefügt wurden (Blom-Hansen 2010, S. 56). Die zweite Gemeindegebietsreform fand im Jahr 2007 statt. Die 1970 zusammengesetzten Kommunen (275), zwischenzeitlich nur noch 271, wurden zu 98 Gemeinden verbunden. Ein weiterer Bestandteil der Reform von 2007 betraf die regionale Ebene. Die vormals 14 Amtskreise plus die Gemeinden Kopenhagen und Frederiksberg wurden nach langer Diskussion zu 5 Regionen konzentriert. Diese sollen mit ihrer Größe besser den europäischen Gebietseinheiten (NUTS-Ebenen) für Förderprogramme entsprechen. Kommunal- und Regionalwahlen werden im 4-jährigen Rhythmus abgehalten (Krogh 2011, S. 314).

Nach Blom-Hansen gab es drei wesentliche Gründe für die umfangreichen Strukturreformen. Zum einen sollten die Kommunen Aufgaben im Bereich der Sozialdienstleistungen (Kindergärten, Schulen, Altenpflege und Fürsorge), des Gesundheitswesens, der Krankenhäuser und im Straßenverkehr übernehmen. Zum anderen wurde die Finanzierung der Kommunen verändert. Sie konnten zwar weiterhin selbst die Einkommensteuer erheben, jedoch findet ein größerer finanzieller Ausgleich von ökonomisch starken zu ökonomisch schwachen Gemeinden statt, der von der nationalen Regierung gelenkt wird. Drittens wurden die ursprünglich 271 Gemeinden zu 98 Gemeinden zusammengefügt, die sich zum Gemeindeverbund (Kommunernes Landsforening) zusammengeschlossen haben und auf lokaler Ebene wirtschaftlich effektiver arbeiten sollen (Blom-Hansen 2010, S. 53).

Die Kommunen sind in ihrer Verwaltungsstruktur frei, die meisten von ihnen beauftragen allerdings ständige Ausschüsse mit der politischen Arbeit. Dagegen dürfen die

Regionen keine eigenen demokratischen Institutionen aufbauen und keine Steuern mehr erheben, denn dies bleibt lediglich der lokalen und nationalen Ebene vorbehalten. Im Gegenzug erhalten die Regionen Ausgleichszahlungen von beiden Ebenen, wie beispielsweise Zuschüsse für die Nutzung von Krankenhäusern (Krogh 2011, S. 315).

Zusammenfassend kann man sagen, dass durch die größte Strukturreform Dänemarks die Kommunen in ihrer Position gestärkt wurden. Dies ist sowohl durch die größeren Einheiten als auch durch den starken Einfluss des Zusammenschlusses der Gemeinden zu begründen, wodurch Blom-Hansen sogar dazu verleitet ist die Behauptung aufzustellen: »[...] today the Scandinavian welfare state is basically a local welfare state« (Blom-Hansen 2010, S. 52).

2.2.3 Parlament und Gesetzgebung

Dänemark verfügt über ein parlamentarisches Regierungssystem, bei dem der Monarch das Amt des Staatsoberhauptes bekleidet. Wenn man von den beiden Sonderfällen der Färöer Inseln und von Grönland absieht, handelt es sich um einen Einheitsstaat, dessen konsensdemokratische Ausrichtung typisch für die nordischen Länder ist. Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung wird als ‚negativer Parlamentarismus‘ bezeichnet, bei dem die Regierung so lange im Amt bleibt, bis eine Parlamentsmehrheit der Regierung das Misstrauen ausspricht. Unabhängig davon sind Minderheitsregierungen in Dänemark häufig, bei denen die Duldung durch Parteien außerhalb der Regierung nötig ist (Nannestad 2008, S. 133).

Seit 1953 gibt es in Dänemark nur noch ein Einkammerparlament, das Folketing, welches sich aus insgesamt 179 Vertretern zusammensetzt (s. o.). Von diesen Sitzen sind 4 für jeweils 2 Repräsentanten aus Grönland und von den Färöer Inseln vorbehalten. Die restlichen Sitze verteilen sich folgendermaßen: 135 Sitze werden in Mehrpersonenwahlkreisen ermittelt; um den Stimmverhältnissen besser zu entsprechen, werden die verbleibenden 40 Sitze als Ausgleichsmandate vergeben. Die Wahlen werden im Verhältniswahlrecht mit einer Legislaturperiode von 4 Jahren durchgeführt, wobei die Sperrklausel von gerade einmal 2 % der abgegebenen Stimmen vergleichsweise niedrig ist (Nannestad 2008, S. 133). Die Plenarsitzungen werden vom Parlamentsvorsitzenden sowie dessen 4 Stellvertretern, die gemeinsam das Präsidium bilden, geplant und geleitet. Seit der Erdrutschwahl von 1973 kam es zu einer Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft, die instabile Koalitionsverhältnisse und viele Minderheitsregierungen hervorbrachte (Nannestad 2009, S. 70). Wir kommen in Abschn. 2.3.1 dieses Kapitels darauf zurück.

Formal existiert kein Fraktionszwang und die Parlamentarier sind lediglich ihrem Gewissen verpflichtet, was in der Praxis freilich seine engen Grenzen an der Integration in die jeweilige Parteistrategie findet. Fraktionen konstituieren sich aus einem Vorsitzenden, dem Vorstand, einem Sprecher und einem Sekretär und tagen immer vor einer Plenarsitzung. Für einzelne Politikbereiche kann es eigene Fraktionssprecher geben (Nannestad 2009, S. 72).

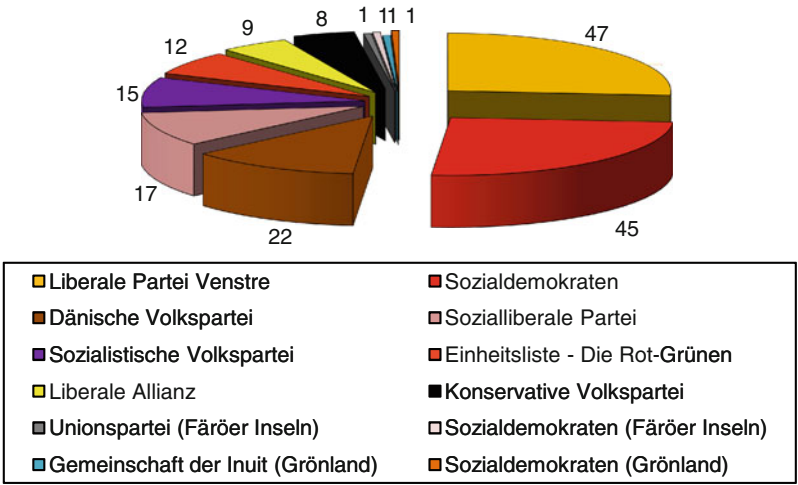


Abb. 2.1 Sitzverteilung im Folketing 2011–2015. (Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Folketinget 2013a)

Tab. 2.3 Alters-/Geschlechtsabhängige Sitzverteilung im Folketing 2011 (ohne Grönland und Färöer Inseln). (Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Danmarks Statistik 2012a, S. 63)

Alter	18–29	30–49	50–64	65 +	Gesamt
Gesamt	18	103	47	7	175
Davon Frauen	11	45	10	2	68
Davon Männer	7	58	37	5	107

Die letzten dänischen Parlamentswahlen fanden am 15.09.2011 statt. Helle Thorning-Schmidt von der Sozialdemokratischen Partei wurde als erste Frau in das Amt der Ministerpräsidentin für eine Legislaturperiode bis 2015 gewählt. Die Sitzverteilung lässt sich Abb. 2.1 entnehmen.

Im Folketing sind verhältnismäßig viele Frauen repräsentiert, was ein Blick auf Tab. 2.3 verdeutlicht. Von den 175 Abgeordneten sind 68 weiblich und 107 männlich. Im Alter von 18–29 Jahren sind sogar mehr Frauen als Männer im Parlament. In den Alterskohorten, die am häufigsten im Parlament vertreten sind, nämlich zwischen 30–49, sind die männlichen Abgeordneten häufiger repräsentiert (siehe Tab. 2.3).

Die ständigen Ausschüsse bereiten Gesetzesinitiativen für die Folketing-Sitzungen vor und sind das eigentliche Arbeitszimmer des Parlaments. Die meisten ständigen Ausschüsse (z. B. Haushaltsausschuss, Ausschuss für europäische Angelegenheiten) setzen sich aus 17 Mitgliedern zusammen. Neben diesen ständigen Ausschüssen kann das Parlament Ausschüsse zu spezifischen, aktuellen Fragestellungen einrichten. In Dänemark arbeiteten seit 1972 je Legislaturperiode etwa 22–24 ständige Ausschüsse, derzeit sind es 26. Die Aus-

schussmitglieder werden proportional zur Sitzverteilung im Parlament gewählt und sind häufig jahrelang in der Ausschussarbeit tätig, wodurch sie sich Fachwissen aneignen (Folketinget 2010, S. 18). Zu beachten ist, dass Fraktionen, die weniger als zehn Abgeordnete im Folketing haben, keine Ausschussmitglieder stellen dürfen. Die Ausschüsse arbeiten direkt mit den zuständigen Fachministerien zusammen und hören sich die Interessen von Verbänden an, mit denen allerdings keine Verhandlungen unternommen werden. Gesetzesinitiativen werden nach ihrer ersten und meist auch nach ihrer zweiten Lesung im Folketing in den ständigen Ausschüssen ausgearbeitet und in einem Abschlussbericht mit Empfehlungen versehen (Nannestad 2009, S. 72–73).

Im Bereich der Legislative kommt es zur beschriebenen Gewaltenverschränkung, bei der sowohl der König als auch jedes Parlamentsmitglied das Initiativrecht für Gesetzesvorlagen hat, wobei die Letztentscheidung das Parlament hat und die rechtliche Verantwortung nicht beim Monarchen sondern den Ministern liegt. Gesetzesinitiativen von Seiten der Opposition und kleinen Parteien sind seltener von Erfolg gekrönt, da ihnen nicht der Verwaltungsapparat der Ministerien zur Verfügung steht (Damgaard 1974, S. 111–112).

In der Vorbereitungsphase, in der bereits Interessenverbände angehört werden können, werden Gesetze oft von (Experten)Kommissionen ausgearbeitet. Vor der Einbringung in das Parlament findet die Absprache im Kabinett und dem Staatsrat statt, die somit die letzte Kontrollinstanz vor dem Parlament sind. Der Staatsrat bildet sich aus dem Regenten, dessen Thronfolger, falls dieser Volljährigkeit erlangt hat, sowie den amtierenden Ministern (Nannestad 2008, S. 143). Hieran schließt sich die parlamentarische Behandlung an. Insgesamt 3-mal muss ein entstehendes Gesetz vor dem Folketing gelesen werden, wobei zwischen der Lesung 1 und 2 sowie 2 und 3 Ausschüsse zur Weiterentwicklung zwischen geschaltet und Verbände angehört werden. In der zweiten Lesung findet die intensivste Debatte im Parlament statt, woraufhin die Vorlage entweder noch einmal an die Ausschüsse weitergeleitet oder direkt mit der dritten Lesung fortgefahren wird. Nach der dritten Lesung und einer abschließenden Debatte mit Einarbeitungen von Änderungsvorschlägen erfolgt die Abstimmung. Nach Annahme des Gesetzestextes wird dieser vom Parlamentsvorsitzenden und einem Sekretär unterzeichnet und an den Staatsminister überstellt. Das Gesetz ist in Kraft, wenn der Regent nach 30 Tagen den Vorschlag unterzeichnet und ein Minister gegenzeichnet hat, was häufig in Staatsratssitzungen erfolgt. Wenn der Monarch danach keine Ratifizierung durchführt, ist er gezwungen abzudanken (Nannestad 2008, S. 150–152). Gerade bei Minderheitsregierungen besteht die Gefahr, dass der Gesetzentwurf ohne Kompromisse mit anderen Fraktionen scheitert.

In zunehmendem Maße müssen EU-Gesetzesvorschläge in dänisches Recht überführt werden. Der Ablauf ist analog zu dem von dänischen Gesetzesinitiativen (Nannestad 2009, S. 81–85). Damgaard u. Eliassen (siehe Tab. 2.4) fassten bereits in den 1970er-Jahren den Ablauf von Gesetzesvorlagen zusammen, an dem sich bis heute wenig verändert hat:

Viele der heute bestehenden Regelungen des öffentlichen Lebens liegen in Dänemark gar nicht in Gesetzform vor, sondern in Form von Rechtsverordnungen, die entweder vom König oder den Ministerien entworfen werden (Nannestad 2008, S. 137, 139).

Tab. 2.4 Prozess von Gesetzesinitiativen. (Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Damgaard und Eliassen 1978, S. 289)

1. Commission Stage	6. Second reading
2. Administrative preparation stage	7. Second parliamentary committee stage
3. Introduction in parliament	8. Third and final reading, including final division
4. First reading	9. Administrative implementation
5. Parliamentary committee stage	

Im Bereich der parlamentarischen Kontrolle ist ein wichtiges Instrument das Misstrauensvotum des Folketings gegen einzelne Minister. Ferner kann dies gegen den Ministerpräsidenten und somit die gesamte Regierung gestellt werden. Die Regierungsarbeit kann zudem durch „große Anfragen“ (Forespørgsel) kontrolliert werden – eine Fragestunde im Parlament, in deren Rahmen der jeweilige Minister Rede und Antwort stehen muss und sich eine intensive Plenardebatte entwickeln kann. Zusätzlich gibt es kleinere Anfragen, bei denen sich ein betreffender Minister zu gestellten Fragen erklären muss.

Des Weiteren kontrollieren verschiedene Ausschüsse das Parlament, indem sie z. B. geplante Ausgaben genehmigen müssen. Die 1972 gegründete Reichsrevision zur Budgetkontrolle (Rigsrevisionen), die aus sechs (ehemaligen) Abgeordneten besteht, überprüft beispielsweise recht global die Staatsfinanzen. (Nannestad 2009, S. 73–75; Damgaard 2004, S. 119).

Eine weitere wichtige Kontrollinstanz ist die Institution des Ombudsmannes (Ombudsmand), der vom Parlament gewählt wird. Seine Aufgabe ist es, die Rechte des Bürgers gegenüber den Behörden und der Verwaltung zu verteidigen und zu kontrollieren. Entweder eigeninitiativ oder aufgrund von Beschwerden geht er Problemen nach und hat dabei besondere Rechte, wie unter anderem vollkommene Akteneinsicht. Obwohl der Ombudsmann lediglich Empfehlungen aussprechen und keine Entscheidungen der Verwaltung revidieren kann, bemüht sich die Politik seinen Empfehlungen zu entsprechen (Nannestad 2009, S. 75).

2.2.4 Regierung

Dänemark ist eine Erbmonarchie, in welcher der König bzw. derzeitig Königin Margrethe II., das Amt des Staatsoberhauptes innehat, das sich hauptsächlich auf repräsentative Aufgaben beschränkt. Immerhin ernennt bzw. entlässt sie den Regierungschef und dessen Minister (Folketinget 2009, S. 5, Kap. III, § 14), kann das Parlament auflösen oder Gesetze unterzeichnen, wofür immer das Gegenzeichnen mindestens eines Ministers nötig ist, der formal für das Gesetz oder die Entscheidung verantwortlich ist (Nannestad 2009, S. 69). Die Macht über die Exekutive bleibt laut dänischer Verfassung (Folketinget 2009, S. 3, 5, Kap. I, § 3, Kap. III, § 13) offiziell beim Monarchen, der im Ernstfall den Oberbefehl über

Tab. 2.5 Zusammensetzung der Regierung in der Legislaturperiode 2011–2015. (Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Folketinget 2013b, S. 2)

Partei	Anzahl Ministerien	Themengebiete und Ressortzuschnitte
Sozialdemokraten	11	Ministerpräsidentin; Soziales und Integration; Finanzen; Justiz; Verteidigung; Kinder und Bildung; Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei; Transport; Europa; Arbeit; Städte, Wohnen und ländlicher Raum
Sozialliberale Partei	6	Wirtschaft und Inneres; Kultur; Forschung, Innovation und Hochschulausbildung; Entwicklungshilfe; Klima, Energie und Bau; Gleichstellung und Kirche; Minister für nordische Zusammenarbeit
Sozialistische Volkspartei	6	Äußeres; Umwelt; Steuern; Handel und Investitionen; Gesundheit und Prävention; Industrie und Wachstum

die dänischen Streitkräfte hat, was allerdings in der Praxis nicht angewendet wird (Ismayr 2009a, S. 18).

Nach Parlamentswahlen setzen Koalitionsverhandlungen ein, die darin münden, dass dem Staatsoberhaupt ein Regierungsvorschlag unterbreitet wird. Wie erwähnt, ernennt der Monarch anschließend den neuen Regierungschef und die Minister, welche ihr Mandat im Folketing aufrechterhalten oder es an einen Parteigenossen übertragen können (Nannestad 2009, S. 75–76). Die aktuelle Verteilung der Ministerien nach Regierungsparteien ist Tab. 2.5 zu entnehmen.

Eine Besonderheit ist derzeit (Winter 2013/2014), dass Manu Sareen von der Sozialliberalen Partei sowohl Minister für Gleichstellung und Kirche als auch Minister für nordische Zusammenarbeit ist.

Der Regierungschef, der in Dänemark ‚Statsminister‘ (Staatsminister/Ministerpräsident) genannt wird, ist meist gleichzeitig Parteivorsitzender, was im Fall von Ministerpräsidentin Thorning-Schmidt der Sozialdemokratischen Partei zutrifft. Grundsätzlich ist der Ministerpräsident primus inter pares und sticht als Regierungschef gegenüber den anderen Ministern hervor. Zu seinen Aufgaben zählt die Ernennung und Entlassung von Ministern, wozu er die formale Unterstützung des Monarchen benötigt. In Absprache mit möglichen Koalitionspartnern kann der Staatsminister sein Kabinett und die Verteilung der Ministerien neustrukturieren. Das Kabinett tritt während der Parlamentszeit einmal wöchentlich unter der Leitung des Staatsministers zusammen. Er entwirft die Agenda der Sitzungen, für welche die jeweiligen Ministerien vorab Themenvorschläge einreichen können. Im Kabinett selbst werden die Themen weniger diskutiert als vielmehr noch einmal zusammengefasst, Beschlüsse abgesegnet oder Strategien verkündet, denn die basispolitische Diskussion findet vorab im betreffenden Ministerium statt und die

Kabinettsitzungen fungieren eher als Kontrollinstanz. Einzelne Ministerien sind in ihrer Arbeit äußerst selbstständig und Interventionen zwischen Ministerien finden, wenn überhaupt, nach Absprache statt (Damgaard 2004, S. 120).

In Dänemark unterscheidet man zwei Formen der Ministerialstruktur: Erstens das Departements-/Direktorats-Modell, bei dem die Abteilung (Departement) gleichzeitig das Sekretariat des Ministers ist. Diese Struktur findet häufig bei kleineren Ministerien Verwendung und setzt sich aus mehreren fachspezifischen Direktoraten zusammen, deren Aufgaben die Vorbereitung von Gesetzen oder die Aufstellung von Finanzmitteln sind. Zweitens wird das Modell der Einheitsorganisation verwendet. Wie der Name bereits andeutet, sind in dieser ministerialen Verwaltungsform keine Hierarchieebenen zwischengeschaltet, sodass sich eine effizientere Struktur ausbildet. Die in den Ministerien tätigen Beamten sind gegenüber ihrem zuständigen Minister neutral, sodass sie bei Regierungswechseln weiterhin tätig sein können (Nannestad 2009, S. 79–80).

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Anzahl der Parteien stark vergrößert, wodurch es schwieriger geworden ist, Parlamentsmehrheiten zu bilden. Deshalb regieren oft Minderheitsregierungen, die nur aufgrund fester Unterstützungen von Fraktionen, die nicht in der Koalition sind, bestehen können. Das Parlament bekommt eine verhältnismäßig größere Bedeutung gegenüber der Regierung, zum Beispiel durch mehr Kontrollmöglichkeiten und Oppositionsarbeit und somit nehmen Kompromisslösungen zu.

2.2.5 Parlamentswahlsystem

Parlamentswahlen zum Folketing werden im 4-jährigen Rhythmus durchgeführt; so stehen nach der aktuell letzten Wahl von 2011 die nächsten Wahlen 2015 und 2019 an, vorausgesetzt es werden keine außerplanmäßigen Neuwahlen anberaumt. Die Wahl wird im Verhältniswahlsystem durchgeführt. Insgesamt werden 179 Mandate vergeben, von denen jeweils zwei aus Grönland und zwei von den Färöer Inseln festgeschrieben sind und in diesen Territorien nach relativem Mehrheitswahlrecht ermittelt werden. Die restlichen 175 Mandate teilen sich in 10 Großkreise, die wiederum in 135 Kreismandate aufgeteilt werden (Kredsmandater) sowie in 40 Ausgleichsmandate (Tillægsmandater).

Bei der Wahl können sich die Wähler wie in Deutschland zwischen Parteistimme für eine bestimmte Partei und Personenstimme für einen bestimmten Kandidaten entscheiden. Von 1953 bis 2007 wurde zur Stimmenzählung das St. Laguë-Verfahren verwendet, das dann von der d'Hondt-Methode abgelöst wurde, die schon vor 1953 angewendet worden war (Lundell 2008, S. 368). Lundell listet für die Wahl 2005 genaue Angaben über die verschiedenen Wahlkreise auf. Dabei werden große Unterschiede zwischen sehr kleinen Wahlkreisen mit unter 15.000 Wahlberechtigten und größeren Wahlkreisen mit über 88.000 Wahlberechtigten offenbar. Diese Unterschiede sind bei der Wahl 2011 weitestgehend erhalten geblieben (Lundell 2008, S. 374).

Wahlberechtigt sind alle mündigen dänischen Staatsbürger ab 18 Jahren, die ihren Wohnsitz in Dänemark haben. Traditionell wählen, sehr grob gesagt, Bauern liberal,

Arbeiter sozialdemokratisch, Frauen früher eher rechts, heute eher links. Diese generalisierenden Hypothesen sind mittlerweile jedoch aufgrund der großen Parteienzersplitterung und des gesellschaftlichen Wandels kaum noch aufrechtzuerhalten und es werden zunehmend neue Wahlkampfthemen wie Fragen der (europäischen) Integration oder der Einwanderungspolitik für den Wahlausgang entscheidend (Nannestad 2009, S. 86–87). Dies war zumindest bei der vor Redaktionsschluss dieses Buches letzten Wahl im Jahr 2011 der Fall, bei der es traditionell mit 87,7 % eine hohe Wahlbeteiligung gab (Danmarks Statistik 2012a, S. 22). Christiansen schreibt die hohe Wahlbeteiligung einer „deep-seated norm that voting is a civic duty, and it is closely related to the actual turnout“ (Christiansen und Togeby 2006, S. 5) zu.

2.3 Politics: Kräfteverhältnisse im politischen Wettbewerb

2.3.1 Politische Parteien im Wettbewerb

Wie sich den folgenden Ausarbeitungen entnehmen lässt, herrschte in Dänemark jahrzehntelang gerade kein klassisches nordisches 5-Parteien-System mit Sozialdemokraten, Liberalen, Konservativen, Kommunisten und Zentrums-/Bauernpartei vor (Damgaard 1994, S. 193). Stattdessen beherrschten vornehmlich vier Gruppen das Parteienspektrum.

Ab 1860 bildeten sich politische Gruppierungen. Zuvor war dies seitens der Krone trotz der Verfassung von 1849 unterbunden worden (Pedersen 1994, S. 96). Zunächst war die Opposition von Liberalen (Venstre) und Konservativen (Højre) bedeutsam und ab 1880 konnte die Sozialdemokratische Partei durch die Errichtung landesweiter Wählervereinigungen Unterstützer in ganz Dänemark mobilisieren. Zu Beginn bildeten sich drei Parteien aus: „Die Liberalen repräsentierten dabei in erster Linie die Bauernschaft, die Konservativen vertraten die Interessen der städtischen Gewerbetreibenden und die Sozialdemokraten standen auf der Seite der (städtischen) Arbeiterschaft“ (Nannestad 2009, S. 91). Im Jahr 1905 wurden die Sozialliberalen/Radikalliberalen v. a. für Kleinbauern aber auch Wählerschichten der anderen Parteien gegründet, wodurch sich ein Vierparteiensystem um 1920 etablierte, das lange Bestand haben sollte.

Stein Rokkan, jener für die Parteien- und Verbändeforschung äußerst einflussreiche norwegische Soziologe, auf den wir noch mehrmals in diesem Buch zurückkommen werden, hat für das dänische Parteiensystem v. a. drei traditionelle zentrale Konfliktlinien identifiziert:

- Den Grundkonflikt bildet der Wettbewerb um die Gunst der Angestellten zwischen den Konservativen und den Sozialdemokraten,
- diese müssen ihrerseits mit den Liberalen um die Kleinbauern und Landarbeiter buhlen.
- Der dritte Konflikt spielt sich zwischen den Liberalen und den Konservativen um die Stimmen des Mittelstandes ab.

Quer zu diesen Bruchlinien sind dabei die Radikalliberalen zu verorten, deren Wählerschaft sich eher generell aus oppositionellen Strömungen zu den oben genannten Gruppen rekrutierte. Eine kommunistische Partei wie etwa die „Dänische Kommunistische Partei“ konnte sich nur kurzweilig in Zeiten der Weltwirtschaftskrise und im 2. Weltkrieg etablieren.

Das Vierparteiensystem drohte nach dem 2. Weltkrieg, verstärkt in den 1960er-Jahren und schlussendlich in der historischen Wahl von 1973 zu zerfasern. Durch eine Ausdifferenzierung der Arbeitswelt gerieten die klassischen Wirtschafts- und Sozialstrukturen ins Wanken. Es bildeten sich neue Parteien und die breite Basis der ehemals vier großen Parteien brach in beträchtlichem Umfang weg. In der Wahl von 1973 wurde das Folketting von 5 Parteien auf zehn vergrößert und allein zwei neugegründete Parteien zogen ins Parlament ein: die Fortschrittspartei und die Zentrumsdemokraten. Mit dieser Wahl hat sich also ein Mehrparteiensystem etabliert, das eine charakteristische Diskrepanz im linken und rechten Parteienspektrum aufweist. In dieser ausdifferenzierten Lage konnte sich keine rein ökologische Partei etablieren und der Versuch die Grüne Partei (De Grønne) zu positionieren scheiterte in den 1980er-Jahren (Nannestad 2009, S. 90–95).

Für die Parteientwicklung der letzten Jahrzehnte nahm die Wahl 1973 entscheidenden Einfluss, weshalb sie als „earthquake election“ (Arter 2008, S. 101) bezeichnet wird. Zum Verständnis für diese Schicksalswahl Dänemarks ist wichtig, dass zwischen 1945 und 1965 eine durchschnittliche Legislaturperiode aufgrund instabiler Regierungsverhältnisse gerade einmal 2,1 Jahre und von 1920 bis 1971 durchschnittlich 3,5 Jahre dauerte. Trotzdem konnten bis Ende der 1960er-Jahre die 4 großen Parteien ihre Vormachtstellung verteidigen und erst ab 1971 zeichnete sich mit mehreren guten Wahlergebnissen der Sozialisten eine Differenzierung ab (Damgaard 1974, S. 107, 113–114, 117).

Besonders ins Blickfeld rückte bei den Veränderungen von 1973 die Fortschrittspartei um Mogens Glistrup, die sehr hohe Gewinne für sich verbuchen konnte (15,9 %, siehe Werte unten in Tab. 2.7). Der Partei kam zugute, dass die Diskussionen um einen EU-Beitritt Dänemarks dazu führten, dass sich viele Wähler von ihren Stammparteien entfremdeten und in ihrem Wahlverhalten volatiler wurden. Mit Andersen können die ursprünglichen Ziele der Fortschrittspartei wie folgt umrissen werden:

- Deregulierung,
- Privatisierung,
- freie Marktwirtschaft,
- Neoliberalismus,
- Bürgerbeteiligung,
- Steuersenkungen,
- Bürokratieabbau,
- Beschränkung der Wohlfahrtsausgaben auf wirklich Bedürftige.

Die Konfliktlinie der wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben war ein wahlentscheidendes Thema und auch wenn die Partei staatliche Leistungen vor allem für eigene Staatsbürger

proklamierte, so war sie doch keine nationalistische Bewegung im eigentlichen Sinne, sondern kann vielmehr als eine (rechts)populistische Strömung, die vor allem bei Rentnern Unterstützung fand, charakterisiert werden (Andersen 1994, S. 64, 67).

Metaphorisch gesprochen: Nach einer „eingefrorenen“ Periode des Parteiensystems im Sinne Lipsets und Rokkans von 1920–1960 „taute“ dieses 1973 auf und „zerschmolz“. Gemessen an Parlamentssitzen veränderte sich sowohl die Anzahl der Parteien als auch ihre Größe. Während die vier etablierten Parteien (Sozialdemokraten, Sozialliberale, Liberale, Konservative) mitsamt der Sozialistischen Volkspartei zum Teil herbe Verluste hinnehmen mussten, konnten die neuen Parteien Erfolge erzielen (Damgaard 2004, S. 122). Diese bedeutende Wahl reiht sich laut Arter in diejenigen der nordischen Länder gewissermaßen ein, denn bereits 1970 und 1973 gab es erdrutschartige Wahlen in Finnland und Norwegen (Arter 2008, S. 101).

Die hohen Anteile der Fortschrittspartei relativierten sich im zeitlichen Verlauf und seit der Wahl von 2001 (0,5 %) ist die Partei nicht mehr im Folketing vertreten. Innerparteiliche Streitereien bei der Fortschrittspartei führten 1995 zur Aufspaltung der Partei in die Dänische Volkspartei, mit jeweils immer über 12 % der Stimmen ab 2001, und in die Dänische Fortschrittspartei, die nicht an ihre Erfolge anknüpfen konnte (Steffen 2006, S. 80).

Die erste Regierung nach der Wahl im Dezember 1973 wurde eine Einparteien-Minderheitsregierung der Liberalen, mit lediglich 22 Sitzen (Christiansen und Togeby 2006, S. 10). Diese unsichere politische Situation führte dazu, dass bereits im Januar 1975 Neuwahlen angesetzt werden mussten. Die Schwierigkeit, sichere Mehrheiten zur Regierungsbildung zu finden, setzte sich bis in die 1980er-Jahre fort, in denen sich die Blöcke egalisierten und starke Rechtspopulisten die Regierungen schwächten. Eine Zeit der klaren Verhältnisse setzte erst von 1993–2001 mit Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen (Sozialdemokrat) und dessen Mitte-Links-Minderheitsregierung ein (Steffen 2006, S. 93).

Grundsätzlich ist zu den Regierungskonstellationen nach dem 2. Weltkrieg zu sagen, dass die meisten der 33 Regierungen Minderheitsregierungen waren und 14 Ministerpräsidenten und eine Ministerpräsidentin hervorbrachten (siehe Tab. 2.6). Direkt nach dem Krieg und der deutschen Besatzung bestand für wenige Monate eine Sammlungsregierung, die wenig später von einer liberalen verdrängt wurde. Häufig waren rein sozialdemokratische Minderheitsregierungen, bzw. in den 1960er-Jahren sozialdemokratisch-sozialistische Regierungen. Von 1968 bis 1971 übte mit Hilmar Baunsgaard der einzige sozialliberale Ministerpräsident sein Amt aus. Aus dem bürgerlichen Block regierten die Liberalen phasenweise alleine, gingen jedoch unter Erik Eriksen, Anders Fogh Rasmussen oder Lars Løkke Rasmussen Koalitionen mit den Konservativen ein. In dieser Konstellation konnten die Konservativen einmalig den Ministerpräsident stellen, nämlich Poul Schlüter von 1982–1993. In seine Regierungszeit fiel die Entscheidung, dass die Parteien ab 1988 stimmenanteilig Zuschüsse vom Staat erhalten sollten, da die Parteienmitgliedschaften stark gesunken waren. 1995 wurden die Zuschüsse erheblich erhöht, wofür im Gegenzug verlangt wurde, dass die Parteien ihre Einnahmen öffentlich darlegen (Nannestad 2009, S. 90–95).

Tab. 2.6 Regierungsbildung in Dänemark seit 1945. (Quelle: Eigene Erstellung in Anlehnung an Nannestad 2009, S. 78; Statsministeriet o. J. a; Statsministeriet o. J. b)

Regierungszeit	Ministerpräsident	Regierungsparteien	Regierungstyp
05.05.1945– 07.11.1945	Vilhelm Buhl (Soz)	Soz + Ven + Kon + Dansk Samling + RadVen + Kommunistische Partei	Regierung der nationalen Einheit/ Sammlungsregierung
07.11.1945– 13.11.1947	Knud Kristensen (Ven)	Ven	Minderheit
13.11.1947– 16.09.1950	Hans Hedtoft (Soz)	Soz	Minderheit
16.09.1950– 30.10.1950	Hans Hedtoft (Soz)	Soz	Minderheit
30.10.1950– 30.09.1953	Erik Eriksen (Ven)	Ven + Kon	Minderheit
30.09.1953– 01.02.1955	Hans Hedtoft (Soz)	Soz	Minderheit
01.02.1955– 28.05.1957	Hans Christian Hansen (Soz)	Soz	Minderheit
28.05.1957– 21.02.1960	Hans Christian Hansen (Soz)	Soz + RadVen + Dänischer Rechtsverbund	Mehrheit
21.02.1960– 18.11.1960	Viggo Kampmann (Soz)	Soz + RadVen + Dänischer Rechtsverbund	Mehrheit
18.11.1960– 03.09.1962	Viggo Kampmann (Soz)	Soz + RadVen	Minderheit
03.09.1962– 26.09.1964	Jens Otto Krag (Soz)	Soz + RadVen	Minderheit
26.09.1964– 02.02.1968	Jens Otto Krag (Soz)	Soz	Minderheit
02.02.1968– 11.10.1971	Hilmar Baunsgaard (RadVen)	RadVen + Kon + Ven	Mehrheit
11.10.1971– 05.10.1972	Jens Otto Krag (Soz)	Soz	Minderheit
05.10.1972– 19.12.1973	Anker Jørgensen (Soz)	Soz	Minderheit
19.12.1973– 13.02.1975	Poul Hartling (Venstre)	Ven	Minderheit
13.02.1975– 30.08.1978	Anker Jørgensen (Soz)	Soz	Minderheit
30.08.1978– 26.10.1979	Anker Jørgensen (Soz)	Soz + Ven	Minderheit
26.10.1979– 30.12.1981	Anker Jørgensen (Soz)	Soz	Minderheit
30.12.1981– 10.09.1982	Anker Jørgensen (Soz)	Soz	Minderheit

Tab. 2.6 (Fortsetzung)

Regierungszeit	Ministerpräsident	Regierungsparteien	Regierungstyp
10.09.1982– 10.09.1987	Poul Schlüter (Kon)	Kon + Ven + Zen + Chr	Minderheit
10.09.1987– 03.06.1988	Poul Schlüter (Kon)	Kon + Ven + Zen + Chr	Minderheit
03.06.1988– 18.12.1990	Poul Schlüter (Kon)	Kon + Ven + RadVen	Minderheit
18.12.1990– 25.01.1993	Poul Schlüter (Kon)	Kon + Ven	Minderheit
25.01.1993– 27.09.1994	Poul Nyrup Rasmussen (Soz)	Soz + Zen + RadVen + Chr	Mehrheit bis Anfang 1994, dann Minderheit
27.09.1994– 30.12.1996	Poul Nyrup Rasmussen (Soz)	Soz, + RadVen + Zen	Minderheit
30.12.1996– 23.03.1998	Poul Nyrup Rasmussen (Soz)	Soz + RadVen	Minderheit
23.03.1998– 27.11.2001	Poul Nyrup Rasmussen (Soz)	Soz + RadVen	Minderheit
27.11.2001– 18.02.2005	Anders Fogh Rasmussen (Venstre)	Ven + Kon	Minderheit
18.02.2005– 23.11.2007	Anders Fogh Rasmussen (Venstre)	Ven + Kon	Minderheit
23.11.2007– 05.04.2009	Anders Fogh Rasmussen (Venstre)	Ven + Kon	Minderheit
05.04.2009– 01.10.2011	Lars Løkke Rasmussen (Venstre)	Ven + Kon	Minderheit
01.10.2011– ?	Helle Thorning- Schmidt (Soz)	Soz + RadVen + SozV	Minderheit

(Soz) Sozialdemokraten, (Ven = Venstre) Liberale Partei, (Kon) Konservative (Volks)Partei, (RadVen = Radikale Venstre) Sozialliberale, (SozV) Sozialistische Volkspartei, (Zen) Zentrumdemokraten, (Chr) Christliche Volkspartei

Begründungen für die sinkende Anzahl an Parteimitgliedschaften liefert Togeby (Togeby 1992, S. 2, 13–17):

- Zum einen gibt es in Dänemark seit Jahrzehnten einen Anstieg des Bildungsgrades, wodurch die Parteien nicht mehr als sozialisierender und bildender Faktor benötigt werden;
- Zum Zweiten sinkt die Anzahl der Bauern, was sich natürlich auch in einer politischen Demobilisierung im agrarischen Bereich niederschlägt;
- Drittens nahm auch die Organisationsneigung der Arbeiterschaft tendenziell ab;
- Zum Vierten ist entscheidend, dass die sog. neue Mittelklasse und verstärkt Frauen v. a. ab den späten 1960er-Jahren politisch mobilisiert wurden – und dabei eher andere Wege (etwa neue soziale Bewegungen) beschritten, als sich in traditionellen politischen Parteien zu organisieren.

Die Minderheitsregierung unter Anders Fogh Rasmussen und später unter dessen Namensvetter Lars Løkke Rasmussen ließ sich ab 2001 von der rechten Dänischen Volkspartei tolerieren, die in den folgenden Jahren, natürlich unter aktiver Mitarbeit Rasmussens, die Einwanderungspolitik zum zentralen Thema machte. (Siehe Kasten.)

Widerspruch zum Gleichheitsideal des nordischen Modells: Einwanderungspolitik unter Anders Fogh Rasmussen

Die Verschärfung der Regelungen für Immigranten in der Regierungszeit der Rasmussen-Koalitionen (ab 2001) steht in einem durchaus verwirrenden Widerspruch zum Normengebäude des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats mit seinen Konzepten von Gleichheit und Fairness im Volksheim. Die z. T. objektiv diskriminierenden Regelungen sowie die populistische Stimmungsmache gegen Immigranten, entweder durch die Regierung selbst oder aus dem Lager der von Pia Kjaersgaard geführten Dänischen Volkspartei, dem Merhheitsbeschaffer des Rasmussen-Bündnisses, sorgten international für besorgte Blicke nach Dänemark.

Das Handelsblatt berichtete 2005 über die Einwanderungsdebatte in Dänemark:

„Wir wollen sicher sein, dass wir es mit Menschen zu tun haben, die aktive, engagierte Bürger sind und gezeigt haben, dass sie sich selbst versorgen können“, sagt (...) die Ministerin für Flüchtlinge, Zuwanderer und Integration, Rikke Hvilshøj. Kaum hatten sich erste Proteste gegen den geplanten Ausschluss von Rentnern, Studenten, zu Hause bleibenden Eltern und anderen „unproduktiven“ Bewerbern von der dänischen Staatsbürgerschaft gelegt, wechselten die Schlagzeilen auch schon zu einer neuen Idee der Regierung: Hvilshøj legte jetzt eine neue „Treueerklärung“ mit 17 Punkten vor, die Zuwanderer künftig unterzeichnen sollen, ehe sie eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen.

Darin heißt es unter anderem: „Ich weiß, dass es in Dänemark verboten ist, seine Kinder zu schlagen. Ich weiß, dass Beschneidung von Mädchen sowie die Anwendung von Zwang bei der Anbahnung von Ehen in Dänemark strafbar ist.“ Der rechtsliberale Regierungschef Rasmussen nennt diese Linie bei der Ausländerpolitik „fest, aber fair“ und beruft sich auf eine breite Mehrheit in der Bevölkerung.

Nach seinem Amtsantritt 2001 hatte Rasmussen in den Mittelpunkt seiner Regierungsarbeit die drastische Beschränkung der Zuwanderung unter anderem durch ein Verbot des Zuzugs ausländischer Ehepartner unter 24 Jahren (aus Ländern außerhalb der EU) gestellt. (Handelsblatt vom 04.11.2005)

Sechs Jahre später heißt es in einem Hintergrundbericht von Spiegel Online:

Die dänische Regierung hat sich von humanitären Ideen bei ihrer Einwandererpolitik offenbar endgültig verabschiedet und will künftig noch stärker wirtschaftliche Erwägungen in den Mittelpunkt stellen: „Ich habe keine Skrupel, das Land noch wirklicher vor denen dichtzumachen, die man verdächtigen könnte, Dänemark zur Last zu fallen“, kündigte der rechtsliberale Integrationsminister Søren Pind in der Zeitung „Jyllands-Posten“ an.

Hintergrund der Äußerung: Ein Ministeriumsbericht – initiiert von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei – kommt zu dem Schluss, dass der Staat in den vergangenen zehn Jahren durch verschärfte Zuwanderungsgesetze umgerechnet 6,7 Mrd. € eingespart hat, die er sonst für Sozialleistungen oder Wohnungen ausgegeben hätte. Nach der Rechnung kosten Migranten aus nichtwestlichen Ländern, die es nach Dänemark geschafft haben, jährlich umgerechnet 2,3 Mrd. €, während Einwanderer aus dem Westen 295 Mio. € pro Jahr in die Staatskasse spülen. Die Rechtspopulisten jubeln: „Nun haben wir es schwarz auf weiß, dass sich Verschärfungen auszahlen.“ Die Dänische Volkspartei will das Ergebnis der Rechnung in Zukunftsverhandlungen über die dänische Wirtschaft nutzen.

Groß ist die Empörung dagegen bei der sozialliberalen Oppositionspartei Radikale Venstre, die Initiative sei ‚unwürdig‘ und ‚diskriminierend‘. Die Zeitung ‚Politiken‘ titelt in ihrer Online-Ausgabe: Minister Pind und die Rechtspopulisten wollten ‚teure Ausländer aussortieren‘. (Reimann 2011)

Abseits der bloßen Neuregelung von Einwanderungsgesetzen wurde auch eine kulturpolitische Fokussierung auf das Thema Multikulturalismus angestoßen – verbunden mit einer ähnlichen Debatte, wie sie in Deutschland um das Jahr 2000 herum durch das vom CDU-Politiker Friedrich Merz geprägte Bild der „Leitkultur“ angestoßen wurde. Dorte Skot-Hansen und Hans Elbeshausen schrieben in der „Zeitschrift für Kulturaustausch“ des Deutschen Instituts für Auslandsbeziehungen:

„Der dänische Kulturkanon ist Teil eines Kulturkampfes, der an die Diskussionen über die deutsche Leitkultur erinnert. (. . .)

Die dänische Kulturpolitik ist, was die Erinnerungsfähigkeit im multiethnischen Bereich anbetrifft, gespalten. Kulturpolitischen Initiativen auf staatlichem Niveau geht es hauptsächlich um die Sicherung des kulturellen Erbes und der kulturellen Identität. Traditionen werden in der Nationalgeschichte verankert, kanonisiert und zu einer verpflichteten Leitkultur erweitert. (. . .) Grundsätzlich kann man sagen, dass die dänische Kulturpolitik mit der neuen Unübersichtlichkeit im postnationalen Zeitalter ihre liebe Mühe hat. Die Sicherung des kulturellen Erbes und die Durchsetzung einer dänischen Leitkultur auf der einen und die soziale Anerkennung kultureller Vielfalt auf der anderen Seite – das sind die beiden Pole, welche die kulturelle Auseinandersetzung in Dänemark im Moment bestimmen.“ (Skot-Hansen und Elbeshausen 2008, S. 43/44)

Zuletzt ein Blick auf die letzte Folketingwahl aus dem Jahr 2011. Nach zehn Jahren einer rechtsliberal-konservativen Minderheitsregierung unterstützt von der Dänischen Volkspartei, regiert seitdem eine Koalition aus Sozialdemokraten, Sozialliberalen und Sozialistischer Volkspartei, die von der Einheitsliste aus dem Zentrum unterstützt wird. Eine äußerst knappe Mehrheit von lediglich rd. 10.000 Stimmen machte die erste Frau, Helle

Thorning-Schmidt, zur Regierungschefin (Hopmann 2011, S. 7, 15). Helle Thorning-Schmidt ist die neunte Ministerpräsidentin der Sozialdemokraten seit 1945 (Arter 2008, S. 75). Insgesamt war dem Wahlkampf deutlich die vorangegangene 10-jährige Regierungszeit der rechtsliberal-konservativen Regierung anzumerken, in der v. a. die restriktive (und damit auch international kritisch betrachtete) Einwanderungspolitik ins Zentrum rückte. Dieses Themenfeld scheint in den vergangenen Jahren die Debatte um den Wohlfahrtsstaat als Gravitationszentrum der politischen Auseinandersetzung in Dänemark abgelöst zu haben.

Doch obwohl die Sozialdemokraten in Dänemark seit 2011 wieder die Ministerpräsidentin stellen, führen sie das schlechteste Wahlergebnis seit 1905 (24,8 %) ein. Die Liberalen sind wie schon seit 2001 weiterhin die stärkste Fraktion (26,7 %). Auch die Sozialistische Volkspartei schnitt schlechter ab als erwartet (9,2 %), doch durch die Verdopplung der Stimmanteile der Sozialliberalen auf 9,5 % konnte eine sozialdemokratisch-sozialliberale Koalition mit der Unterstützung der Einheitsliste (6,7 %) die Regierung ablösen. Die Liberale Allianz (5,0 %) zählt ebenfalls zu den Wahlsiegern. Interessant ist, dass durch diese Erfolge ein weiter Teil der Folketingabgeordneten dem Zentrum zuzurechnen ist und dieses nunmehr erheblichen Einfluss zwischen dem roten und dem blauen Block genießt.

Die schwerste Niederlage mussten dabei die Konservativen hinnehmen. Der Stimmanteil schrumpfte von 10,4 % auf 4,9 % und sie stellen somit die kleinste Parlamentsfraktion. Leichte Verluste hatte die Dänische Volkspartei hinzunehmen (12,3 %), wenngleich sie immer noch die zweitstärkste Oppositionsfraktion ist.

Die Situation der Ministerpräsidentin mit dem sozialliberalen Bündnispartner aus der Mitte ist schwierig. Ein Beispiel ist hierfür das Ziel der Sozialdemokraten, Steuererhöhungen für Besserverdienende durchzusetzen, was von Seite der Sozialliberalen nicht mitgetragen wurde. (Siehe auch: Hopmann 2011, S. 16–20; zu den Wahlergebnissen seit 1973 siehe Tab. 2.7)

2.3.2 Verbände und Interessenvermittlung

Martin Lipset und Stein Rokkan formulierten bereits 1967 in ihrem Buch ‚Party systems and voter alignments‘ Ideen zur Beziehung zwischen den politischen Parteien auf der einen und den Verbänden oder anderen Interessenorganisationen auf der anderen Seite und wiesen den Verbänden neben den Wahlen die zweite Säule der Politikfindung zu. Die Kernpunkte der Theorie werden im Teil über die norwegische Verbändelandschaft (Abschn. 4.3.2) näher beschrieben, können aber im Folgenden auch auf Dänemark übertragen werden.

In Dänemark liegt ein administrativer Korporatismus mit einem vielfältigen Verbandssystem vor, bei dem tangierte Verbände in politische und administrative Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Während des gesamten Prozesses haben die Verbände Kontakt zu den zuständigen Politikern und Beamten und, wie in Abschn. 2.2.3 gezeigt worden ist, können sie in Ausschüssen gehört werden oder an Gesetzesinitiativen mitarbeiten.

Tab. 2.7 Wahlergebnisse in Dänemark 1973–2011 in %. (Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Danmarks Statistik 2012a, S. 47)

	1973	1975	1977	1979	1981	1984	1987	1988	1990	1994	1998	2001	2005	2007	2011
Arbejderpartei KAP	-	-	-	0,4	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Christdemokraten	4,0	5,3	3,4	2,6	2,3	2,7	2,4	2,0	2,3	1,9	2,5	2,3	1,7	0,9	0,8
Dänische Volkspartei	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7,4	12,0	13,3	13,9	12,3
Dänischer Rechtsverband	2,9	1,8	3,3	2,6	1,4	1,5	0,5	-	0,5	-	-	-	-	-	-
Demokratische Erneuerung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,3	-	-	-	-
Die Grünen	-	-	-	-	-	-	1,3	1,4	0,9	-	-	-	-	-	-
Die Humanistische Partei	-	-	-	-	-	-	0,2	-	-	-	-	-	-	-	-
Die Internationalen	-	-	-	-	0,1	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einheitsliste – Die Rot-Grünen	-	-	-	-	-	-	-	-	1,7	3,1	2,7	2,4	3,4	2,2	6,7
Fortschrittspartei	15,9	13,6	14,6	11,0	8,9	3,6	4,8	9,0	6,4	6,4	2,4	0,5	-	-	-
Gemeinsamer Kurs	-	-	-	-	-	-	2,2	1,9	1,8	-	-	-	-	-	-
Kommunistische Partei	3,6	4,2	3,7	1,9	1,1	0,7	0,9	0,8	-	-	-	-	-	-	-
Konservative Volkspartei	9,2	5,5	8,5	12,5	14,5	23,4	20,8	19,3	16,0	15,0	8,9	9,1	10,3	10,4	4,9
Libérale Allianz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2,8	5,0
Libérale Partei	12,3	23,3	12,0	12,5	11,3	12,1	10,5	11,8	15,8	23,3	24,0	31,2	29,0	26,2	26,7

Tab. 2.7 (Fortsetzung)

	1973	1975	1977	1979	1981	1984	1987	1988	1990	1994	1998	2001	2005	2007	2011
Linkssozialisten	1,5	2,1	2,7	3,7	2,7	2,7	1,4	0,6	-	-	-	-	-	-	-
Minderheitspartei	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,3	-	-
Rentnerpartei	-	-	0,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sozialdemokraten	25,6	29,9	37,0	38,3	32,9	31,6	29,3	29,8	37,4	34,6	35,9	29,1	25,8	25,5	24,8
Sozialistische Volkspartei	6,0	5,0	3,9	5,9	11,3	11,5	14,6	13,0	8,3	7,3	7,6	6,4	6,0	13,0	9,2
Sozialliberale	11,2	7,1	3,6	5,4	5,1	5,5	6,2	5,6	3,5	4,6	3,9	5,2	9,2	5,1	9,5
Zentrums-Demokraten	7,8	2,2	6,4	3,2	8,3	4,6	4,8	4,7	5,1	2,8	4,3	1,8	1,0	-	-
Ohne Parteilos	-	-	-	-	-	-	0,1	0,1	0,3	1,0	0,1	-	-	-	0,1

Nannestad schätzt den Einfluss der Verbände sogar so hoch, dass er von „quasi-gesetzgebende[n]‘ Organe[n]“ (2009, S. 97) spricht. Bevor ein Gesetzesvorschlag endgültig fertiggestellt wird, wird der Entwurf meist Interessenorganisationen vorgelegt, für die jedoch kein Anspruch auf Mitbestimmung besteht, und der zuständige Minister entscheidet, wer beteiligt wird.

Noch bis in die 1960er-Jahre hinein mussten Nicht-Gewerkschaftsmitglieder einen deutlich höheren Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zahlen als Gewerkschaftsmitglieder. „Dieser Kern des dänischen Konsensmodells wird vom obersten dänischen Gerichtshof (Højesteret) als eine freiwillige private Vereinbarung angesehen, die keine Verletzung der negativen Vereinigungsfreiheit darstellt“ (Christiansen et al. 2001, S. 52). Für das sog. Genter Modell der Arbeitslosenversicherung, wie es neben anderen nordischen Ländern auch in Dänemark besteht, ist dies prägend (siehe ausführlicher Abschn. 2.4.2).

Für die Beteiligung an der politischen Teilhabe bestehen für Interessenorganisationen verschiedene Zugangsmöglichkeiten. Es kann temporäre oder dauerhafte informelle Kontakte zu Entscheidungsträgern geben. Formeller Art sind Anhörungen, Verhandlungen, die Mitarbeit in Ausschüssen oder anderen Verwaltungsorganen (Räte oder Kommissionen). Nach dem Prinzip der Nichteinmischung werden nur solche Verbände zu Lösungsfindungen geladen, die sich auf dem jeweiligen Gebiet als Betroffene oder Experten ausweisen können. Heutzutage wird die Ausschussarbeit zunehmend innerhalb der Ministerien geregelt ohne Verbände einzubeziehen. Demgegenüber werden direkte und informelle Kontakte wesentlich wichtiger, weshalb man von einer Veränderung der Einflusskanäle sprechen kann (Christiansen et al. 2001, S. 61–62), weg vom formalen Ausschusskorporatismus hin zur volatilen Netzworkebildung.

Das dänische Verbandsystem entwickelte sich Mitte/Ende des 19. Jahrhunderts und kann in zwei Gruppen eingeteilt werden. Zum einen bestehen gruppenbasierte Interessenverbände, wozu Gewerkschaften oder Arbeitgeber- und Industrieverbände zählen, die vornehmlich wirtschaftliche Interessen haben. Darüber hinaus fallen solche Gruppen hierunter, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind wie Rentner, Studenten oder Invaliden. Zum anderen gibt es sozial-karitative Organisationen, wie Umweltverbände, Menschenrechtsorganisationen oder Freizeitvereinigungen. Sie können sich politisch engagieren, was allerdings nicht ihr vordergründiges Ziel darstellt (Nannestad 2009, S. 96). Einige bedeutende gruppenbasierte Verbände seien an dieser Stelle vorgestellt:

Landwirtschaftliche Verbände Landwirtschaftliche Interessengemeinschaften haben eine lange Tradition und sind schon seit dem Absolutismus verbandsähnlich organisiert. 1834 schuf König Friedrich VI. beratende Ständeversammlungen und 1841 gewährte König Christian VIII. in der Landwirtschaft die Wahl von Vertretern auf Ebene der kommunalen Selbstverwaltung. Aus dieser Bewegung heraus gründete sich 1870 die Liberale Partei (Venstre). 1919 schlossen sich Genossenschaften, Branchenvereine und andere Organisationen der Agrarwirtschaft zum nationalen Dachverband des Landwirtschaftsrates (Landbrugsrådet) zusammen. Der Einfluss des Dachverbandes wurde durch das zeitweise

Fernbleiben der Kleinbauern geschmälert. Dennoch ist das Verbandswesen in der Landwirtschaft stabil, auch wenn mit dem EG-Beitritt der Einfluss der Landwirtschaftsverbände zugunsten des nationalen Landwirtschaftsministeriums, das auf supranationaler Ebene die Interessen der dänischen Landwirtschaft vertritt, abnahm (Christiansen et al. 2001, S. 64). Wenn man die Landwirtschaftsverbände politischen Parteien zuordnen möchte, tendieren Kleinbauern dazu, die Sozialliberalen und die restlichen Bauern dazu, die Liberalen zu wählen. Über weite historische Abschnitte waren die Liberale Partei und der Landwirtschaftsverband auf dem Land das Gegenstück zu den Gewerkschaften und den Sozialdemokraten in der Stadt (Christiansen et al. 2001, S. 69–70).

Gewerkschaften Ab den 1870er-Jahren begannen Arbeiter sich in organisierten Gewerkschaften zu vereinigen. Zu Beginn des Parteien- und Verbandswesens bestanden sehr enge, zum Teil formalisierte Verbindungen zwischen Parteien und Verbänden und so teilte sich beispielsweise die Arbeiterbewegung erst 1878 in Partei und Gewerkschaft auf. Dessen ungeachtet bestand eine lange Verbundenheit und bis 1995 vertraten sich beide Organisationen im jeweils anderen Leitungsorgan. Früher bekamen die Sozialdemokraten noch finanzielle Zuschüsse der Gewerkschaften, doch heute haben staatliche Zuschüsse die gewerkschaftlichen abgelöst und die Beziehungen sind ungebundener. Die Staatszuschüsse für Parteien wurden erhöht, als sich die Sozialdemokraten von den Gewerkschaften lösten (1995). 1898 wurde eine Zentralisierung durchgeführt, in der sich Fachverbände auf nationaler Ebene vereinigten. Ihr Name war ‚Die Zusammenarbeitenden Fachverbände‘ (De Samvirkende Fagbund, DsF), die sich später in Landsorganisationen (LO) umbenannten und als dänischer Gewerkschaftsbund anzusehen sind. Der Zusammenschluss ist v. a. als Reaktion auf den 1896 gegründeten dänischen Arbeitgeberverband zu sehen. Die LO etablierte sich im politischen Alltag und wurde 1932 noch einflussreicher als sich die mitgliedsstarken Gewerkschaften für Einzelhandel und Büroangestellte anschlossen. 1952 formierte sich der gemeinsame Rat dänischer Staatsbediensteter und Gehaltsempfänger (Fællesrådet for Danske Tjenestemands – og Funktionærorganisationer) und 20 Jahre später die zentrale Akademikerorganisation (Akademikernes Centralorganisation).

Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände In der gewerblichen Wirtschaft sind die dominierenden Verbandsformen vor allem Branchen-, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände. Einzelne Interessengemeinschaften organisieren sich teilweise in fachlichen Zusammenschlüssen oder Vereinen. Den dänischen Arbeitgeberverband (Dansk Arbejdsgiverforening) gibt es seit 1896. Gemeinsam mit der LO erkannten sich die beiden Verbände im sog. Septemberkompromiss (Nannestad 2009, S. 96) bereits 1899 an. Dieser Schritt gilt als wichtigste Grundlage des dänischen Konsensmodells, zu welchem unter anderem tarifvertraglich ausgehandelte Löhne und die Friedenspflicht während den Tarifverhandlungen gehören. Die Beziehungen zwischen LO und Arbeitgeberverband können somit insgesamt als konsensorientiert charakterisiert werden. Mittlerweile haben einzelne Berufsbranchen eigene Arbeitgeberverbände. Einen wichtigen Zusammenschluss gab es 1992, als der Arbeitgeberverband der Industrie und der Industrieverband zum dänischen Industrieverband

(Dansk Industri) fusionierten. Hierin wird deutlich, dass das Verbandswesen in Dänemark zur Zentralisierung von Verbänden zu Großverbänden tendiert. Vor allem die konservative Volkspartei setzt sich für die Interessen der Arbeitgeber, der Industrie und der Wirtschaftsverbände ein. Die Beziehungen sind jedoch weniger eng als bei den Gewerkschaften oder den Landwirtschaftsverbänden (Christiansen et al. 2001, S. 58–60, 69–70).

Es findet sich eine große Anzahl gesellschaftlicher Partizipationsformen wie in den 1960er-Jahren die der Friedensbewegung. Darauf folgten Studenten-, Frauen- und Umweltschutzbewegungen, wobei sich letztere häufig mit dem Thema Anti-Atomkraft auseinandersetzten. Die Umweltbewegungen sind die einzigen, die sich dauerhaft mit ihren Themen Energiepolitik, Naturschutz und Klimawandel etablieren konnten. Eine Besonderheit Dänemarks ist eine ausgeprägte Bewegung gegen den EG-Beitritt. Diese Bewegung schaffte es mit den rechtsorientierten Parteien sogar ins Folketing und konnte die europakritische Debatte aufrechterhalten.

Politische Verbände auf lokaler und regionaler Ebene haben seit den Gebietsreformen in den 1970er-Jahren und 2007 an Mitspracherecht zugelegt. Dazu zählen der Landesverband der Kommunen (Kommunernes Landsforening) und der Verband der Kreise in Dänemark (Amtsrådsforeningerne i Danmark). Grundsätzlich sind (Sport)Vereine oder Freizeitclubs sehr prägend für die dänische Gesellschaft und haben hohe Mitgliederzahlen (Christiansen et al. 2001, S. 51, 60).

Obwohl der Korporatismus in Dänemark ausgeprägt ist, wurden die Verbände seit den 1980er-Jahren schwächer, was beispielsweise auf den Ausbau von Betriebsgewerkschaften zurückzuführen ist. Seitdem das System der Arbeitslosenversicherung geöffnet wurde (Abschn. 2.4.2) kann man auch durch Gewerkschaften außerhalb der LO eine Arbeitslosenversicherung ohne Zusatzgebühren abschließen. Auf diese Weise gewinnen die Betriebsgewerkschaften zulasten der LO Mitglieder. 2011 trat ein Wendepunkt ein, weil der LO-Anteil an allen Gewerkschaften unter 50 % sank. Trotzdem ist der Organisationsgrad, wenn man alle Gewerkschaften summiert, mit 67,4 % hoch (Ibsen 2012, S. 4). Nichtsdestoweniger erkennen Christiansen et al. (2001, S. 67) seit den letzten Jahren einen leichten Rückgang des administrativen Korporatismus, den sie darauf zurückführen, dass Politiker weniger Macht an Verwaltungsorgane abgeben möchten und seltener Verbände in die Gesetzesinitiativen und in die Ausschussarbeit integrieren wollen. Sie suchen vermehrt die Hilfe von speziellen Unternehmen für ihre Probleme. Verbände versuchen weiterhin Parteien oder einzelne Politiker direkt zu kontaktieren und der Lobbyismus nimmt auf Kosten des Korporatismus zu (Christiansen und Togeby 2006, S. 11).

Krimis aus Dänemark

Spricht man von dänischen Krimis, muss man sicherlich Autoren wie Leif Davidsen, Kirsten Holst oder Dan Turell nennen, die in ihren Werken die Leser nicht nur in spannende, teilweise rätselhafte Geschichten entführen, sondern sie auch manches Mal in ein faszinierendes Land mitnehmen, das ihre Heimat ist. Dänemark wird in

diesen Krimis dem Leser einmal auf eine ganz andere, eigene Art präsentiert, die dennoch nicht minder faszinierend ist. Wenn der Kommissar durch die Straßen seiner Stadt geht um den Spuren und Hinweisen eines Verbrechens zu folgen, begleitet man ihn gedanklich auf seinem Weg und fragt sich vielleicht wie es wäre, diesen ebenfalls zu gehen (Toedlicher-Norden.com o. J. a)

Der derzeit hierzulande vermutlich erfolgreichste Krimi-Autor aus Dänemark ist Jussi Adler-Olsen. In seinen Geschichten spiegelt sich eine Thematik wider, die seit Sjöwall/Wahlöö zu den grundsätzlichen Ingredienzien der Politik- und Staatsdarstellung im nordischen Kriminalroman gehört: Die Polizei – dargestellt als nüchterner, ja bisweilen übermüdeten Verwaltungsapparat – steht symptomatisch für einen Staat, der an die Grenzen seiner Durchsetzungsfähigkeit gelangt. Die Sozialsysteme des Volksheims mögen zwar monetären Ausgleich realisieren, sie garantieren dennoch am Ende keine Gerechtigkeit. Ganz im Gegenteil, sie treiben Menschen zum Verbrechen an und bieten Schlupfwinkel für systematische Gewalt gegen Schwächere. Der auf verlorenem Posten kämpfende Kommissar mag den einzelnen Täter am Ende eines Romans zwar aufspüren und seiner Strafe zuführen. Dennoch bleibt die Polizei eine Getriebene des Verbrechens – und mit ihr der Staat.

Während Kommissare wie Beck, aus der Feder von Sjöwall/Wahlöö, oder Wallander, aus der Feder von Henning Mankell, noch voll integriert waren in diesen kalten, an den Grenzen zur Überforderung agierenden Polizeiapparat, lassen jüngere Autoren ihre Helden aus den Verwaltungsstrukturen der Staatsgewalt ausbrechen. Bei mutiger Lesart mag dies gar als Metapher für einen liberalen Zeitgeist gelten, der sich von privater Altersvorsorge bis zur aktivierenden Arbeitsmarktpolitik längst auch im sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat zeigt. Das Leitbild „Selbsthilfe statt Vertrauen auf die Verwaltung“ gilt beispielsweise für Harry Hole, der in den Romanen von Jo Nesbø als norwegischer „Dirty Harry“ auf Verbrecherjagd geht. Und noch deutlicher tritt dies bei den Charakteren Jussi Adler-Olsens zu Tage: Der traumatisierte und verbitterte Ermittler Carl Mørck und sein umso gegensätzlicherer Counterpart Hafez el-Assad agieren im Dezernat Q abseits des normalen Polizeiapparats. Die besondere Pointe: Gerade hier nehmen sich die beiden an, nie aufgeklärter Fälle an und bringen die Täter natürlich zur Strecke. Das Versagen des Staats wird also gerade abseits seiner üblichen Wege korrigiert.

2.4 Policies

2.4.1 Wirtschaftspolitik

Die dänische Wirtschaft, vor allem die Industrie, hat charakteristischerweise wenig Großunternehmen sondern viele klein- und mittelständische Unternehmen (KMU), die

flexibel agieren können und häufig in Familienbesitz sind. Im landwirtschaftlichen Sektor, der lange Zeit ein wichtiger Pfeiler der dänischen Wirtschaft war (in Anteilen am BIP und an Arbeitskräften), haben sich die Betriebe häufig in Genossenschaften organisiert. Anders als in Norwegen oder als es lange Zeit in Schweden der Fall war, gibt es in Dänemark verhältnismäßig wenige Staatsbetriebe oder staatliche Investitionen in die Privatwirtschaft (Christiansen und Togeby 2006, S. 3). Staatliche Subventionen in den Bereichen Bergbau und Schwerindustrie sind selten und dadurch besteht eine liberale Industriepolitik. Nichtsdestoweniger ist die öffentliche Verwaltung in manchen Branchen Anteilseigner an Unternehmen wie in Telekommunikation, Wasserversorgung oder öffentlichem Verkehr (Lykketoft 2009, S. 6).

Im Folgenden wird die dänische Wirtschaft anhand von Eurostat-Daten und Statistiken der dänischen Statistikdatenbank in ihrer Ausrichtung näher beschreiben. In einer Zeitreihe des BIP von 2005 bis zu prognostizierten Werten von 2014 (siehe Tab. 2.8) fällt auf, dass sich die dänische Wirtschaft in absoluten Zahlen bis 2008 sehr positiv entwickelt hat und das BIP von 188.500 Mio. € auf 235.133 Mio. €, also um rd. 50.000 Mio. € zugenommen hat. Wie in den anderen ausgesuchten Ländern und der EU, setzte 2009 ein Rückgang der Wirtschaft ein, was sich in niedrigen BIP-Zahlen niederschlug.

Doch bereits 2010 hatte Dänemark wieder das Niveau vor der Krise erreicht, was auch für Norwegen und Deutschland zutrifft, und sich in Schweden das Niveau sogar angehoben hat. In Finnland und Island verlief das BIP noch länger unter dem Niveau vor der Wirtschaftskrise. Die folgenden Jahre entwickelten sich in Dänemark positiv und die Vorhersagen für 2014 deuten in dieselbe positive Richtung.

Die Wachstumsraten des BIP zeigen ergänzende Tendenzen zu den absoluten BIP-Werten. Von 2005 bis 2006 lagen die dänischen Wachstumsraten mit 2,3–3,4 % im durchschnittlichen EU-Niveau. In der Wirtschaftskrise waren die Werte ab 2008 schlechter als im EU-Schnitt und 2009 mit einem Rückgang von 5,7 % äußerst hoch. Danach erholte sich die Wirtschaft leicht, musste aber im letzten Erhebungsjahr 2012 wieder Rückgänge verzeichnen, wenngleich die Aussichten positiv sind (siehe Tab. 2.9).

Die größten Handelspartner Dänemarks waren 2011 zu zwei Dritteln andere Mitgliedstaaten der EU und zu 5 % Norwegen. Mit 20 % am Import aus Deutschland und 15 % am Export nach Deutschland ist die BRD der wichtigste Handelspartner. Der Warenaustausch mit der Volksrepublik China, die bereits viertgrößter Wirtschaftspartner geworden ist, nimmt jährlich zu. Im Bereich von Gütern sind Hauptexporte landwirtschaftliche Produkte, Öl, diversifizierte Industrieprodukte wie Maschinen und Produkte für die Medizin, Bekleidung, Möbel und Lebensmittel, woran im Speziellen Fleisch- und Wurstwaren große Anteile haben. Den Hauptteil der eingeführten Güter nehmen Verbrauchs- und Konsumgüter ein, doch auch Rohöl und daraus hergestellte Produkte sind mit 8 % der Importe bedeutend. Seit der Aufteilung des Kontinentalschelfs in der Nordsee mit Norwegen und Großbritannien, nehmen eigene Rohölexporte stetig zu, sodass Dänemark seit 1997 zu den Nettoexporteuren zählt (Danmarks Statistik 2012b, S. 339–340).

Tab. 2.8 Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in Mio. €. (Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Eurostat 2013a)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ^(f)	2014 ^(f)
EU (27 Länder)	11072291	11701131	12406299	12473092	11754457	12278744	12642399	12899150	13123183	13555923
Dänemark	207366,9	218747,4	227533,9	235133	223575,8	236477,1	240452,8	244535,2	250207,5	258660,8
Deutschland	2224400	2313900	2428500	2473800	2374500	2496200	2592600	2643900	2697835	2792949
Finnland	157429	165765	179830	185670	172318	178796	189489	194469	198702,2	204746,4
Schweden	298353,3	318170,8	337944,2	333255,7	292472,1	349945,1	387596	408467,2	422634,7	443707,2
Island	13111,9	13315,9	14932,4	10292,3	8674,9	9487,2	10109,8	10627,5	10736,4	11450,5
Norwegen	244582,1	271001,2	287712,2	311284,9	272958,8	317862,4	352857,9	390008,7	416208,2	437760,5

^(f) Prognose

Tab. 2.9 Wachstumsrate des realen BIP-Volumens: Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (%). (Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Eurostat 2013b)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ^(f)	2014 ^(f)
EU (27 Länder)	2,1	3,3	3,2	0,3	– 4,3	2,1	1,6	– 0,3	0,1	1,6
Dänemark	2,4	3,4	1,6	– 0,8	– 5,7	1,6	1,1	– 0,6	1,1	1,7
Deutschland	0,7	3,7	3,3	1,1	– 5,1	4,2	3,0	0,7	0,5	2,0
Finnland	2,9	4,4	5,3	0,3	– 8,5	3,3	2,8	– 0,2	0,3	1,2
Schweden	3,2	4,3	3,3	– 0,6	– 5,0	6,6	3,7	0,8	1,3	2,7
Island	7,2	4,7	6,0	1,2	– 6,6	– 4,1	2,9	1,6	2,0	2,7
Norwegen	2,6	2,3	2,7	0,1	– 1,6	0,5	1,2	3,2	2,6	2,5

(f) Prognose

Einen weitaus größeren wirtschaftlichen Erfolg als Güter aus dem produzierenden Sektor hat der Handel mit Dienstleistungen. Lagen die Werte beider Sektoren 1998 noch gleichauf, haben nun die Dienstleistungen die Produktionsgüter längst überflügelt. „In der Periode zwischen 1990 und 2011 hat sich der Handel von Dienstleistungen fast verfünffacht – 2011 betrug der Export von Dienstleistungen 352,2 Mrd. Kronen, während der Import bei 306,1 Mrd. Kronen lag“ (Eigene Übersetzung aus dem Dänischen) (Danmarks Statistik 2012b, S. 342). Import und Export von Dienstleistungen erfolgen hauptsächlich nach Deutschland, in die USA, nach Schweden, Norwegen und Großbritannien. Mit über 50 % des Exports und über 40 % des Imports dänischer Dienstleistungen macht die Seewirtschaft mit angeschlossenen Dienstleistungen einen Großteil aus; daneben sind andere Dienstleistungen im Transportgewerbe bedeutsam (Danmarks Statistik 2012b, S. 343–344). Auf diese folgen als weiterer wichtiger Pfeiler unternehmensorientierte Dienstleistungen (Danmarks Statistik 2012b, S. 357).

Als langjährige Seefahrernation war die dänische Wirtschaft die meiste Zeit vom Handel geprägt und zu Beginn des 17. Jahrhunderts etablierten sich der Handel mit Stoffen und das Textilgewerbe. Jedoch wurde das Textilgewerbe schnell unrentabel und war eines der wenigen merkantilistischen Experimente. Einen Einbruch der Wirtschaft gab es Ende des 18. Jahrhunderts als Zollgebühren für Exporte aufgehoben wurden und Dänemark um 1830 unterentwickelt war, nur wenig Kapital besaß und lediglich die Schiffsindustrie expandieren konnte (Findeisen 1999, S. 131, 164, 173). Einhundert Jahre später, nach dem 1. Weltkrieg, verfolgte der dänische Staat eine nach dem Keynesianismus ausgerichtete Wirtschaftspolitik mit hohen öffentlichen Investitionen und der Absicht Arbeitsplätze zu generieren (Lykketoft 2009, S. 4).

Ein großer Einschnitt war auch für die Wirtschaft der Zweite Weltkrieg. Obwohl Dänemark trotz der deutschen Besatzung eine relativ intakte Landwirtschaft und Infrastruktur behielt, häufte sich ein nicht unerheblicher Schuldenberg an. Erst nach Ende des Krieges konnten durch die Aufnahme günstiger Kredite, den Beitritt in die OEEC 1949 (spätere OECD) und die Öffnung der Handelsschranken die Schulden getilgt werden und die

Industrie erwirtschaftete Exportüberschüsse. Diese dienten der sozialdemokratischen Regierung ab 1953 zur Finanzierung ihrer Reformen im Bereich der Sozialpolitik (Findeisen 1999, S. 234–235). Darüber hinaus öffnete sich die dänische Wirtschaft und Einfuhrbeschränkungen für ausländische Waren wurden herabgesetzt. Allerdings führte dies umgehend zum Zusammenbruch der Textil- und Bekleidungsindustrie, die aufgrund der hohen Lohnkosten im Vergleich zu ausländischen Textilimporten zu teuer wurden. Im Gegenzug führten Errungenschaften der Gewerkschaften wie hohe (Mindest-)Löhne, ein geringer Niedriglohnsektor und viele Weiterbildungsmöglichkeiten zu Beschäftigung. Dies lässt sich durch das Prinzip der Flexicurity beschreiben, das in Abschn. 2.4.2 beschrieben wird. Durch kurze Kündigungsfristen und ein hohes Maß an Absicherung bei Arbeitslosigkeit kann die Wirtschaft flexibel auf Marktveränderungen reagieren. Schnelle Einstellungen bei Aufschwung und kurzfristige Kündigungen bei Abschwung sind möglich (Lykketoft 2009, S. 5–6).

Wie in allen Ländern stellte die Ölkrise von 1973 mit Arbeitslosigkeit, Inflation, wirtschaftlicher Stagnation und geringen Investitionsmöglichkeiten eine große Herausforderung für die dänische Wirtschaft dar. Zu dieser Zeit beinhalteten die Tarifverträge der Gewerkschaften die Klausel, wenn sich die Lebenshaltungskosten erhöhen, was durch die Ölkrise der Fall war, müssen sich auch automatisch die Löhne und Gehälter der Arbeiter erhöhen, was für die Unternehmen zusätzliche Lohnkosten bedeutete. Um dieses Problem zu beheben und die Wettbewerbsfähigkeit wieder zu steigern, wurde die Währung herabgestuft. Mit der erneuten Ölkrise 1980 setzten ähnliche Probleme ein und man koppelte die Dänische Krone zur Währungsstabilität fortan an die D-Mark bzw. später an den Euro (Stephens 1996, S. 42). Zusätzlich wurde die Klausel bezüglich der automatischen Lohnerhöhungen bei hohen Lebenskosten in den Tarifverträgen entfernt und seitens des Staates Investitionen getätigt, sodass zwischen 1983 und 1987 ein Aufschwung einsetzte.

Für Unternehmen wurde das Jahr 1983 zu einer Kehrtwende, als die Beiträge der Arbeitgeber zum Sozialversicherungssystem zulasten einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2,5 % gesenkt wurden. Vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen Rezession wurde die konservative Regierung 1993 nach mehr als zehn Jahren Amtszeit abgewählt. Die anschließende Politik des Ministerpräsidenten Poul Nyrup Rasmussen (Sozialdemokraten) konnte positive Effekte bewirken, es wurde in Bildung und die Aktivierung von Arbeitslosen investiert und 1998 wurde die Frühverrentung weitgehend aufgehoben. Die Immobilienwirtschaft wurde dahingehend angekurbelt, dass deren Kredite verbessert wurden, indem alte Zinssätze zu neuen Konditionen umfunktioniert wurden. Damit ging eine aktive, durch Subventionen geförderte Industrie-, Infrastruktur-, Umwelt- und Energiepolitik mit mehr Fokus auf Nachhaltigkeit und dem Ausbau erneuerbarer Energien einher. Ein wichtiger Teil des Infrastrukturausbaus war die Eröffnung der Öresundbrücke im Juli 2000, die in untenstehendem Exkurs beschrieben wird (siehe Kasten). Im Bereich der Sozialleistungen wurden Beiträge für Bildung, Erziehung, Kinder- und Altenbetreuung erhöht (Lykketoft 2009, S. 11–15).

Abb. 2.2 Öresundbrücke von schwedischer Seite. (Foto: Trick)



Die Öresundbrücke als Baustein einer grenzüberschreitenden Integration

Am 01.07.2000 wurde von der schwedischen Kronprinzessin Victoria und dem dänischen Kronprinzen Frederik nach nicht einmal 4 Jahren Bauzeit die grenzüberschreitende Öresundbrücke feierlich eingeweiht. Die Idee solch einer festen Querung über den Öresund bestand schon lange und wurde mit den EU-Beitrittsverhandlungen Schwedens zu Beginn der 1990er-Jahre rasch vorangetrieben. Das eindrucksvolle und symbolträchtige Bauwerk (siehe Abb. 2.2), bestehend aus einer Kombination aus Tunnel- und Brückenkonstruktion, verbindet die dänische Hauptstadt Kopenhagen in der Region Sjælland mit der südschwedischen Metropole Malmö der Region Skåne über eine Straßen- und (Schnell)Zugverbindung. Im Mittelalter war die Öresundregion jahrhundertlang erbittert umkämpft und gehörte lange Zeit zum dänischen Königreich mit intensiven Beziehungen nach Kontinentaleuropa. Deshalb gibt es heute noch teilweise stockholmkritische Meinungen im weitentfernten schwedischen Süden und enge Verflechtungen zum direkten Nachbarn Dänemark (Lundén 2002, S. 187–188).

Matthiessen hat die Funktion der Brücke im Hinblick auf eine grenzüberschreitende Integration untersucht und bereits 2000, 2002 und letztlich 2004 in ein Phasenmodell der Integration eingearbeitet.

In der ersten Phase zu Beginn der 1990er-Jahre standen die Visionen und Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Mittelpunkt.

Die zweite Phase (1991–1992) der umfangreichen Investitionen und der Entscheidung der beiden nationalen Regierungen zum Bau einer Brücke vollzog sich sehr rasch.

Vorherrschendes Ziel in der dritten Phase war, Bevölkerung, Politiker, Wirtschaft, etc. von den Vorteilen der Integration zu überzeugen. Diese Meinungsbildung ist in Teilen immer noch nicht abgeschlossen, da es sich um einen langwierigen und problemreichen Prozess handelt, der z. B. von Klagen durch Umweltgruppen, nationalistischen oder Anti-Wachstums-Bewegungen oder von der Stockholmer Furcht einer neuen dominanten Region im Norden begleitet wird. Deshalb gab es zunächst eine große Mehrheit, die gegenüber dem Brückenprojekt negativ eingestellt war, was sich 1998 einerseits durch die positive Entwicklung der eröffneten Großen-Belt-Brücke in Dänemark als vorbildhaftes Beispiel und andererseits durch den physischen Fortschritt des Baus der zuvor nur visionären Öresundbrücke änderte.

Ab 1999 wurden in der vierten Phase durch Studien und Berichte mögliche Integrationshemmnisse unterschiedlichster Art (rechtlich, organisatorisch, technisch, etc.) identifiziert, jedoch bis ins Jahr 2004 kaum behoben und es fehlt eine koordinierende Anlaufstelle mit ausreichenden Entscheidungskompetenzen zur praktischen Problembewältigung, was mit der Einrichtung des Öresundskommittes nicht ausreichend geschehen war.

Aus diesem Grund kam Matthiessen 2004 zu dem vorläufigen Ergebnis, dass zum damaligen Zeitpunkt die fünfte Phase, die der regionalen Integration, noch nicht abgeschlossen war, auch wenn viele Schritte in Richtung Integration unternommen worden waren.

Diesem Ergebnis entsprach auch eine OECD-Studie von 2003, die den Integrationsprozess der Öresundregion als langsam und problematisch bezeichnete. Der Region wurden aber gleichzeitig aufgrund der strategischen Lage als Tor zur Ostsee, als Bindeglied zwischen Skandinavien und Kontinentaleuropa und aufgrund des hohen Markt- und Arbeitskräftepotenzials als bevölkerungsreichste Region in den nordischen Ländern mit rd. 3,5 Mio. Einwohnern eine sehr gute Attraktionskraft und Wettbewerbsfähigkeit zugeschrieben (Matthiessen 2004, S. 34).

Seit 2004 hat sich in der Region einiges verändert und es gab Initiativen in den Bereichen der Regional-, Wirtschafts-, Bildungs-, Forschungs-, Infrastruktur-, Umwelt-, Kultur- und Medienentwicklung wie die Projekte Öresund Logistics, Öresund IT oder Öresund University zeigen (Nyström 2003, S. 206).

Der Pendelverkehr und Wohnortwechsel aufgrund von Disparitäten zwischen den Zentren trug zur Integration der Region bei. Beispielsweise waren Grundstücks- und Immobilienpreise in Schweden günstiger als in Dänemark, weshalb viele Dänen nach Skåne zogen. Auf der anderen Seite bestanden in Kopenhagen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten, was bewirkte, dass viele Schweden nach Dänemark zur Arbeit pendelten.

Mittlerweile stagniert die Integration eher. Einer der Gründe ist, dass sich die Preisniveaus angeglichen haben und Unterschiede somit verringert worden sind. Weiterhin pendeln viele Menschen über den Öresund, indessen wächst ihre Zahl

nicht mehr an, weshalb von einer ‚Reintegrationsphase‘ die Rede ist. Ein Beleg, der diese Behauptung unterstützen könnte, ist das Projekt Öresund Logistics, das nach guter Zusammenarbeit zwischen den Regionen mittlerweile geschlossen wurde.

Weiterhin bestehen gewaltige Barrieren, die eine zunehmende Integration erschweren, dazu zählen die hohen Mautgebühren für die Überfahrt mit dem PKW – der Zug ist günstiger – sowie unterschiedliche Gesetzgebungen, Währungen und Sozial- oder Steuersysteme. Nichtsdestoweniger bezeichnete Nyström (2003, S. 205) die Zusammenarbeit in der Öresundregion als „ein Beispiel der Errichtung einer transnationalen Region und als einen wichtigen Teil der europäischen Entwicklung“ (Eigene Übersetzung aus dem Schwedischen).

Um im Bekanntheitsgrad weiter aufzusteigen, wurde im Februar 2013 die Öresundregion offiziell in „Copenhagen-Malmö-Region“ umbenannt, da nach Angaben der Kommunaldirektoren von Kopenhagen und Malmö der neue Name kraftvoller sei und den Fokus mehr auf die international bekannte dänische Hauptstadt legen würde (Sydsvenskan (TT) 01.02.2013).

Dänemark hat sich seit den 1960er-Jahren von einer Agrargesellschaft in eine Industriegesellschaft und mittlerweile in eine Informations-/Dienstleistungsgesellschaft verwandelt. Moderne Forschungstechnologien und ein hohes Qualifikationsniveau der Arbeiter erwirtschaften Exportüberschüsse.

Lykketoft, der amtierende Präsident des Folketing und ehemalige Parteivorsitzende der Sozialdemokraten, hat in einer Politikanalyse von 2009 verschiedene Indikatoren aufgeführt, die Dänemark als ein wirtschaftlich prosperierendes Land ausweisen. Dazu sei eine große Gleichverteilung des Einkommens zu rechnen, was sich beispielsweise in einem niedrigen Wert des Gini-Koeffizienten (2011, S. 27,8; siehe Tab. 3.8) zeige. Demnach sei Dänemark gemessen am BIP pro Kopf das elftreichste Land der Welt und der Wettbewerbsindex des Weltwirtschaftsforums weise die dänische Wirtschaft als eine der drei besten weltweit aus. Nach Transparency International sei die Korruption die weltweit geringste und die Dänen zählten zu den glücklichsten Menschen (Lykketoft 2009, S. 3).

Trotzdem war Dänemark von der Wirtschaftskrise 2009 betroffen und die Befürchtung war groß, dass sich gerade die Gleichverteilung der Einkommen auseinanderbewegen könne. So wurde der Mitte-Rechts-Regierung von den linken Parteien der Vorwurf gemacht, dass durch große Wahlfreiheit zu viel für private (wohlhabende) Personen getan werde und zu wenig für die Einnahmen des Staates (Lykketoft 2009, S. 18). Nach der Krise und mit dem Regierungswechsel 2011 wurde wieder mehr Fokus auf Aktivierung und Fortbildung für Arbeitslose gelegt (OECD 2011a, S. 24).

Im Vergleich zu den anderen nordischen Ländern ist das dänische Staatsgebiet (ausgenommen Grönland) sehr klein und allein schon aus dieser Tatsache heraus nicht reich an Rohstoffen und Bodenschätzen. Doch seit den 1980er-Jahren gab es steigende

Einnahmen durch die Gas- und Erdölförderung in dänischen Hoheitsgebieten in der Nordsee (Lykketoft 2009, S. 8). Interessant bleibt die Frage um Ressourcen und Handelsrouten im Nordatlantik und im Nordpolarmeer. Aufgrund der Hoheitsansprüche in Grönland beteiligt sich Dänemark, wie die USA, Kanada und Russland an Forschungsprojekten in nördlichen Gewässern, um Besitzansprüche zu proklamieren. Besonders aufgrund der globalen Erwärmung könnten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten neue Lagerstätten verfügbar oder neue Handelsrouten schiffbar werden.

Viele international agierende Unternehmen haben Zweigstellen in Dänemark, denn das dänische Steuersystem hat für Unternehmen entscheidende Vorteile. Die Unternehmensteuer ist mit 25 % niedrig und Abschreibungsmöglichkeiten sind zahlreich. Darüber hinaus müssen Unternehmen keine Beiträge zur Sozialversicherung, zur Rentenversicherung oder zur freiwilligen Versicherung für Vorruhestandsregelungen zahlen. Demgegenüber ist die persönliche Einkommensteuer, die Mehrwertsteuer und die Steuer für Luxus- und Konsumgüter (Autos, Alkohol oder Tabak) hoch (Lykketoft 2009, S. 7).

Trotz der vornehmlichen KMU und flexiblen Privatunternehmen haben einige dänische Unternehmen globalen Anspruch. Im Bereich der Landwirtschaft sind zum einen das dänisch-schwedische Unternehmen Arla Foods nahe Aarhus und zum anderen der dänische Fleischverarbeitungskonzern Danish Crown hervorzuheben (Christiansen und Togeby 2006, S. 12). Ein internationales Unternehmen ist die in Kopenhagen ansässige und weltweit größte Reederei A. P. Møller-Mærsk, die neben der Seefahrt in der Öl- und Gasförderung tätig ist. Das Unternehmen beschäftigte 2011 insgesamt 117.000 Mitarbeiter (Maersk o. J.) und trägt, wie oben beschrieben, zu einem großen Teil zum Handel von (Transport)Dienstleistungen bei. Vestas ist ein wichtiges Windenergie-Unternehmen, das sich seit den 1990er-Jahren mit neuen energiepolitischen Zielen, vor allem mit dem Ausbau von Windkraftanlagen, beschäftigt und beispielsweise Windparks in der Nordsee errichtet hat.

2.4.2 Sozialpolitik

Dänemark lässt sich nach Esping-Andersen als sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat einordnen, der einen äußerst großen öffentlichen Sektor aufweist (Etherington 2004, S. 22, Esping-Andersen 1990). Wie für die nordischen Länder typisch sind die staatlichen Ausgaben für Sozialpolitik und soziale Dienstleistungen in Dänemark hoch.

Demgegenüber zeigt sich, dass sich der Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens zwischen 2005 und 2011 negativ entwickelt hat – d.h. die Verteilung des Einkommens in der Gesellschaft wurde in diesem Zeitraum ungleicher. Ein Wert von 23,9 im Jahr 2005 stieg bis 2011 auf 27,8 an (siehe Tab. 3.8). Er liegt zwar noch unter dem Niveau der EU-Mitgliedstaaten im Mittel, aber im Vergleich konnten die übrigen nordischen Länder den Wert konstanter halten. Die Armutsgefährdungsquote stieg im selben Zeitraum von 11,8 % auf 13 % an (siehe Tab. 5.11). Für Finnland und Schweden sind die Werte nur leicht darüber, in Norwegen deutlich niedriger. (Siehe zum Gini-Koeffizienten als Maß für soziale Ungleichheit Kap. 6)

Tabelle 2.10 zeigt das vielschichtige Sozialsystem der Versicherungen in Dänemark und beinhaltet die verschiedenen Versicherungszweige mitsamt ihren Prinzipien der Finanzierung und detaillierten Leistungen.

An dieser Stelle bietet sich ein Blick auf das Thema Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosenquote an, die für verschiedene Länder und den EU-Durchschnitt in Tab. 2.11 ab 2002 abgebildet ist. Nach einer Zeit der Quasi-Vollbeschäftigung in den 1960er-Jahren setzte ein Auf und Ab der Arbeitsplatzsituation bis in die 1980er-Jahre ein. Um der Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten und den Arbeitslosen die Eingliederung in den dänischen Arbeitsmarkt zu erleichtern, wurde 1993 probeweise in Aalborg das Arbeitsplatz-Rotations-Programm entworfen und wenig später in ganz Dänemark eingeführt. Das Prinzip ist hier, dass unterqualifizierte Arbeitnehmer eines Unternehmens an Schulungen teilnehmen und als Vertretung für sie Arbeitslose eingestellt werden, die Berufserfahrung sammeln können (Etherington 2004, S. 31–32)

Mit den 1990er-Jahren begann in der dänischen Arbeitsmarktpolitik eine Zeit der Reformen. Wichtigstes Leitbild war die Aktivierung von Potenzialen für den Arbeitsmarkt, durch eine Verbesserung von Wiedereingliederungsmöglichkeiten einerseits sowie durch eine Reduzierung des Lohnabstands andererseits.

Dingeldey hat in ihrem Rückblick auf zehn Jahre aktivierende Arbeitsmarktpolitik aus dem Jahr 2005 vom „dänische[n] Beschäftigungswunder“ (Dingeldey 2005, S. 18) gesprochen, gelten doch die Politikziele, arbeitsmarktfremde Personengruppen wieder in Beschäftigung zu bringen sowie die Beschäftigungsfähigkeiten zu fördern, als größtenteils erreicht (siehe auch Andersen 2002, S. 7).

Dingeldey gliedert die Arbeitsmarktpolitik seit den 1990er-Jahren in 3 Phasen:

1. Von 1994 bis 1999 setzte die sozialdemokratisch-sozialliberale Regierung vermehrt auf eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik und eine Verringerung des Arbeitsangebots. Arbeitslose bekamen mehr Rechte aber vor allem mehr Pflichten, so wurde beispielsweise der Anspruch auf Arbeitslosengeld von 9,5 Jahre auf 4 Jahre verkürzt und strengere Regeln für den Erhalt der staatlichen Zuschüsse bei unverändert hohen Bezügen entworfen. Damit gingen eine Ausweitung der Erwachsenenbildung und der Ausbau des öffentlichen Sektors um fast 50.000 Stellen im Zeitraum von 1995 bis 2001 einher. Die Reduzierung des Arbeitsangebotes, also die zumindest temporäre Deaktivierung von Erwerbstätigen (und damit ihre Ausgliederung auch aus dem Bezugssystem der Arbeitslosenversicherung), war ein weiterer Bestandteil des Erfolgs: Zusätzlich zur Job-Rotation gab es die Möglichkeit, sich bis zu einem Jahr eine Sabbatzeit, einen Weiterbildungsurlaub oder einen Erziehungsurlaub bei einer anteiligen Auszahlung des Verdienstes genehmigen zu lassen. Indessen funktionierte die Arbeitsplatz-Rotation nur bedingt, weil i. d. R. lediglich im Falle der Sabbatzeit die freigewordene Stelle von Arbeitslosen besetzt wurde. Unterm Strich sanken auf der einen Seite die Ausgaben für Lohnersatzleistungen in diesem Zeitraum von 6,19 % des BIP (1991) auf 4,63 % (2000), auf der anderen Seite stiegen die Ausgaben für den Vorruhestand und für die Aktivierung deutlich an.

Tab. 2.10 Versicherungszweige im dänischen Sozialsystem. (Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von MISSOC 2012a)

Versicherungszweig	Prinzip (Finanzierung)	Leistung
Gesundheit und Mutterschutz (Sachleistungen)	Steuerfinanziert	Keine Arzt-/Krankenhaus-kosten, keine Praxisgebühr, Wahlfreiheit bei Krankenhaus
Gesundheit und Mutterschutz (Geldleistungen)	Steuerfinanziert Beiträge von Angestellten und Selbstständigen	Lohnersatzleistungen durch Arbeitgeber bis Tag 21 der Krankheit Mutterschutz 4 Wochen vor bis 14 Wochen nach Geburt Mütter ohne volle Höhe Mutterschutz oder ohne Arbeitslosenversicherung erhalten Urlaubsgeld Maximum Mutterschutz: DKK 3.940 (€ 530) pro Woche
Langzeitpflege	Von Kommune im Rahmen der Gesundheitsleistungen finanziert	Unterstützung bei Pflege, Haushalt, Finanzen daheim oder Möglichkeit von betreutem Wohnen
Invalidität	Steuerfinanziert Staatliche Beiträge: 35 % Kommunale Beiträge: 65 %	Invaliditätsgeld berechnet sich nach Aufenthaltsdauer im Alter zwischen 15 und 65 Jahren. Maximum für Alleinlebende DKK 204.900 (€ 27.563) pro Jahr und DKK 174.168 (€ 23.429) für Verheiratete oder Zusammenlebende ab 65 wird Invaliditätsgeld in Rente umfunktioniert
Rentenversicherung	Steuerfinanziert Zusatzrente (arbejdsmarkedets tillegspension, ATP): Beiträge Arbeitnehmer und Arbeitgeber	Grundrente/Folkepension: Volle Grundrente DKK 68.556 (€ 9.221) pro Jahr ab 40-jähriger Aufenthaltsdauer zwischen 15 und 65 Jahren. Sonst anteilig je nach Jahren mit DKK 1.716 (€ 231) pro Jahr Renten-Ergänzung/pensionstillæg: Volle Rentenergänzung DKK 34.416 (€ 4.630) für Verheiratete und Zusammenlebende bzw. DKK 71.196 (€ 9.577) für alleinlebende Rentner pro Jahr wird ab 40-jähriger Aufenthaltsdauer zwischen 15 und 65 Jahren gewährt, sonst anteilig Zusatzrente (ATP): Mit 65 Jahren Höchstbetrag, wenn man bei Rentenergänzung seit 1964 dabei war und immer Vollzeit gearbeitet hat. Zwischen DKK 2.500 (€ 336) und DKK 24.300 (€ 3.269) pro Jahr weiterer Zusatz: DKK 11.200 (€ 1.507) pro Jahr bei 40 Jahren Beschäftigung

Tab. 2.10 (Fortsetzung)

Versicherungsweig	Prinzip (Finanzierung)	Leistung
Hinterbliebenenabsicherung	Steuerfinanziert aus Rente Beiträge Arbeitnehmer und Arbeitgeber	Tod des Angehörigen vor 01.07.1992 35 % von realer oder hypothetischer ATP-Rente des Verstorbenen und 50 % danach einmaliger Pauschalbetrag nach Tod des Partners abhängig von Einkommen und Vermögen des Hinterbliebenen maximal DKK 12.820 (€ 1.725), kein Pauschalbetrag, wenn Jahreseinkommen höher als DKK 329.793 (€ 44, € 64).
Arbeitsunfälle	Beiträge von Arbeitgebern	Gehhilfen, Rollstühle, etc. durch Unfallversicherung abgedeckt dauerhafte Arbeitsunfähigkeit: 83 % des Einkommens des Verletzten bis zu Summe von DKK 474.000 (€ 63.762) pro Jahr bei Tod des Hauptverdieners Rente von 30 % des Verdienstes des Verstorbenen bis maximal DKK 474.000 (€ 63.762) und 10 Jahre lang
Arbeitslosenversicherung	Steuerfinanziert Beiträge von Staat und Kommunen Staatlicher Anteil z. T. von Versicherungsbeiträgen der Arbeitslosenversicherung	90 % des früheren Lohns (Bezugslohn), nicht mehr als DKK 788 (€ 106) pro Tag nicht mehr als DKK 3.585 (€ 482) für Personen geboren vor dem 01.07.1959 und DKK 3.940 (€ 530) nach dem 01.07.1959 pro Woche in manchen Fällen 82 % des Maximums für Arbeitslose garantiert
Familienleistungen	Steuerfinanziert	Kindergeld bis 18 Jahre Kinder von 0 bis 2 Jahren DKK 4.266 (€ 574) pro Quartal Kinder von 3 bis 6 Jahren DKK 3.375 (€ 454) pro Quartal Kinder von 7 bis 14 Jahren DKK 2.658 (€ 358) pro Quartal Kinder von 15 bis 17 Jahren DKK 886 (€ 119) pro Monat zusätzlicher Kinderbeitrag bei Eltern, die Rente beziehen Eltern, die selbst Kinder erziehen (24 Monate bis 6 Jahre) erhalten Betreuungsgeld von Kommune zwischen 8 Wochen und einem Jahr lang. Maximal 3 Mal allgemeines Kindergeld von DKK 1.276 (€ 172) pro Quartal kann für Alleinerziehende mit zusätzlichem Kindergeld von DKK 1.300 (€ 175) pro Quartal ergänzt werden
Soziale Mindestsicherung	Steuerfinanziert Kommunale Beiträge	Kommune ist für soziale Mindestsicherung zuständig Sozialhilfe: grundsätzlich 80 % des maximalen Arbeitslosengeldes, für Eltern mit Kindern DKK 13.732 (€ 1.847) und ohne Kinder ab 25 Jahre DKK 10.335 (€ 1.390); für Personen unter 25 Jahren besondere Regelungen; zusätzlich Mietzuschüsse

Tab. 2.11 Arbeitslosenquote 2001–2012 (%). (Quelle: Eigene Erstellung auf Basis von Eurostat 2013c)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
EU (27 Länder)	8,9	9,1	9,3	9,0	8,3	7,2	7,1	9,0	9,7	9,7	10,5
Dänemark	4,6	5,4	5,5	4,8	3,9	3,8	3,4	6,0	7,5	7,6	7,5
Deutschland	8,7	9,8	10,5	11,3	10,3	8,7	7,5	7,8	7,1	5,9	5,5
Finnland	9,1	9,0	8,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,2	8,4	7,8	7,7
Schweden	6,0	6,6	7,4	7,7	7,1	6,1	6,2	8,3	8,6	7,8	8,0
Norwegen	3,7	4,2	4,3	4,5	3,4	2,5	2,5	3,2	3,6	3,3	3,2

2. Darum wurde zwischen 2000 und 2002 eine Reorientierungsphase eingeleitet. Die Arbeitslosigkeit war niedrig und die sozialdemokratisch geführte Regierung kürzte die Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsmarktrückzuges. Seit 2000 wurde die Sabbat-Regelung gestrichen und bereits ein Jahr später war der Bildungsurlaub nicht mehr möglich. Beide Instrumente hatten zuvor zur Entlastung des Arbeitsmarktes beigetragen. Insgesamt gerieten hier wohlfahrtstaatliche Ausgaben vor dem Hintergrund einer zunehmend neoliberalen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik immer mehr in die Kritik und es kamen Fragen auf, ob die Leistungen für die Sozialpolitik nicht an ihr Ende gekommen seien. So war nicht verwunderlich, dass sich gerade eine liberal-konservative Koalition diese Themen zu eigen machte und damit 2001 ins Amt gewählt wurde (Etherington 2004, S. 34–35).
3. Ab 2003 setzte wieder eine verstärkte Aktivierung ein, bei der hauptsächlich die Neuorientierung der Arbeitsförderung im Mittelpunkt stand. Die Regierung versuchte unter dem Programm „Mehr Menschen in Beschäftigung“ (Fler i arbejde) die Aktivierung voranzutreiben, von der nur Schwangere, Kranke, Mütter mit Kindern unter sechs Monaten oder Eltern, deren Kinder keinen Betreuungsplatz erhalten hatten, ausgenommen waren. Beispiele sind die damalige Vereinheitlichung in der Vermittlung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, neue Beratungs- und Qualifizierungsangebote, Unternehmenspraktika, aber auch mehr Kontrolle und Einschränkungen der finanziellen Zuschüsse bei Zuwiderhandlungen (Dingeldey 2005, S. 18–22).

Gerade bei der Job-Rotation bestand eine starke Verbindung zwischen Politik und Gewerkschaften, da letztere über die Verteilung der Gelder aus der Arbeitslosenversicherung verfügen konnten. Somit zeigt sich auch auf diesem Feld der typische Konsenscharakter und der ausgeprägte Korporatismus Dänemarks (Etherington 2004, S. 37), gleichwohl gilt der Arbeitsmarkt in Dänemark im Vergleich zu den nordischen Nachbarstaaten als liberaler. Die gesetzlich verankerten Regeln zur Arbeitszeit und der Kündigungsschutz sind relativ schwach ausgeprägt. So sind etwa keine Abfindungszahlungen bei Entlassungen vorgesehen und Unternehmen müssen lediglich die ersten beiden Tage der Arbeitslosigkeit finanzieren. In Dänemark existiert, zugespitzt ausgedrückt, ein Hire-and-fire-System

mit einem Zusammenspiel von flexibler Arbeitsmarktregulierung, hoher Absicherung bei Arbeitslosigkeit und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik (Dingeldey 2005, S. 21). Dies wird unter dem Begriff ‚Flexicurity‘ zusammengefasst, den Anderson und Svarer (2007) folgendermaßen charakterisieren:

The so-called flexicurity model has recently attracted much attention, and Denmark is often highlighted as the prime example of this particular mix of a *flexible* labour market with a generous social *security* system. (Anderson und Svarer 2007, S. 389)

Die Arbeitslosenversicherung folgt in Dänemark, wie auch in Finnland, Schweden und, außerhalb der Reichweite dieses Buches, Belgien, dem „Genter Modell“. Dieses besteht in einer freiwilligen, gewerkschaftsnahen Arbeitslosenversicherung, verwaltet „von gewerkschaftlich (...) organisierten Kassen (...), die staatlich subventioniert werden“ (Clasen und Viebrock 2006, S. 351). Dabei sind die Kassen sowohl für die Verteilung des Arbeitslosengeldes als auch für die Arbeitsvermittlung zuständig. Der Organisationsgrad der Gewerkschaften in Dänemark und in den anderen nordischen Ländern, die ähnliche Modelle haben, ist hoch. Im Gegensatz zu Deutschland sind die Versicherungsbeiträge zur Arbeitslosenversicherung in Dänemark geringer, weswegen ebenfalls mehr Mitglieder in der Arbeitslosenversicherung gemeldet sind. Weitere Vorteile der Arbeitslosenversicherung sind die hohen Auszahlungsbeträge beim Arbeitslosengeld und die Perspektive auf eine mögliche Rente (Clasen und Viebrock 2006, S. 351, 356, 362–363).

Der Mitgliedsbeitrag zur Arbeitslosenversicherung setzt sich aus einem Pflichtbetrag für die staatliche Zusatzrente, aus einem variablen Verwaltungsbetrag und zudem aus einem speziellen Pauschalbeitrag zusammen. Die Hauptfinanzierung erfolgt jedoch trotz der Beiträge durch Steuermittel aus einer zweckgebundenen Arbeitsmarktabgabe (8 % des Bruttoeinkommens) eines jeden Erwerbstätigen (Clasen und Viebrock 2006, S. 360).

Das Genter Modell wurde in Dänemark 1907, und damit äußerst früh, eingeführt. Neben dem hohen normativen Stellenwert sozialdemokratischer Ideen gilt es als eine Erklärung für den hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in den nordischen Ländern (Clasen und Viebrock 2006, S. 354). Die ursprünglich gewerkschaftlichen Fonds wurden in den letzten Jahren jedoch in eigene unabhängige Kassen umgewandelt, die staatlicher Kontrolle unterstehen. Seit der Staat die Arbeitslosenkassen subventioniert, muss man zudem nicht mehr zwangsläufig Gewerkschaftsmitglied sein, um ein finanzierbares Anrecht auf Arbeitslosengeld zu haben (früher waren für Nichtmitglieder höhere Beiträge fällig) (Clasen 2006, S. 352). Im Jahr 2005 umfasste die Arbeitslosenversicherung 90 % des letzten Einkommens bis zu einem monatlichen Maximalbetrag vor Steuern von DDK 14.170 (umgerechnet etwa 1.900 €) bzw. einen Minimalbetrag von 82 % des Maximalbetrages (Clasen 2006, S. 357–358).

Familienleistungen sind ein wichtiger Bestandteil der dänischen Sozialpolitik, deren vornehmliches Ziel ist, sowohl den Vätern als auch den Müttern die Möglichkeit zum Arbeiten zu geben. Eine äußerst hohe Abdeckung in der Kinderbetreuung ist hierbei das zentrale Instrument (Dingeldey 2005, S. 22). Der Staat unterstützt Familien durch zwei Programme: Erstens seit 1987 durch die universale Familienbeihilfe, bei der jede

Familie vierteljährlich denselben Betrag gestaffelt nach Kindesalter bis zum 18. Lebensjahr ausbezahlt bekommt (siehe Tab. 2.10). Zweitens erhalten Eltern mit hohen Ausgaben (Eltern von Zwillingen, Eltern in Rente) zur Familienbeihilfe ein zusätzliches Kindergeld. Alleinerziehende Eltern können einen besonderen Zuschuss von 548 € jährlich erhalten (Abrahamson 2008, S. 71–72).

In Dänemark besteht die gesetzliche Pflicht für die Kommunen, jedem Kind ab sechs Monaten einen Kitaplatz zu garantieren (Abrahamson 2008, S. 57–58). Was in Deutschland umgangssprachlich als „Herd-Prämie“ bezeichnet wird, also eine Form des Betreuungsgeldes, wurde in Dänemark im Sinne der Wahlfreiheit 2002 durch die lokale Verwaltung eingeführt. Eltern, die ihr Kind, das unter 5 Jahre alt ist, daheim erziehen, bekommen von der Kommune finanzielle Unterstützung. Die Zeit, in der die Familie das Geld erhält, kann acht Wochen bis zu einem Jahr betragen und kann dreimal beantragt werden (Abrahamson 2008, S. 66). Vor dem Hintergrund der deutschen Debatte (ganz gleich auf welcher Seite man dort stehen mag) ist es doch bemerkenswert, dass im sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat Dänemark ein Betreuungsgeld existiert: Kritiker aus dem sozialdemokratischen Lager führen gegen die „Herdprämie“ doch vor allem ein reaktionäres Familienbild ins Felde; der Norden steht dagegen für progressive Gleichberechtigung und Flexibilität im Rollenbild der Geschlechter.

Eltern, deren Kind unter neun Jahre alt ist, konnten bis 2002 zwischen 13 und 52 Wochen zur Kindererziehung zu Hause bleiben. Die ersten 26 Wochen waren gesetzlich verankert, die restlichen 26 mussten mit dem Arbeitgeber oder mit dem Arbeitsamt verhandelt werden (Etherington 2004, S. 28). Ab 2002 wurden die 52 Wochen, die von einem Elternteil alleine oder von beiden gemeinsam geteilt genommen werden konnten, verkürzt. Nach der Geburt stehen der Mutter 14 Wochen Mutterschutz zu. In dieser Zeit kann der Vater zwei Wochen Vaterschaft beantragen. Nach den 14 Wochen haben beide Elternteile die Möglichkeit auf 32 Wochen Elternzeit – entweder gemeinsam (jeweils 16) oder nacheinander jeweils 16 Wochen. Während dieser Zeit erhalten sie den vollen Betrag des Arbeitslosengeldes. Das System ist insgesamt durch unterschiedliche Reformen individueller und flexibler geworden, der Bezugszeitraum aber eben auch deutlich kürzer (Abrahamson 2008, S. 69–70).

Dänemark hat ein vielschichtiges Rentensystem, bei dem es eine seit 1956 bestehende steuerfinanzierte universale nationale Basisrente/Volkspension (Folkepension) und zusätzlich eine einkommensabhängige Rente gibt. Da ohne eine dritte Säule das Armutsrisiko ab 65 Jahren hoch wäre, wurde 1963 aus dem Pensionsfonds des Arbeitsmarktes eine Form der Betriebsrente eingeführt, die ATP-Rente (Arbejdsmarkedets Tillægspension), die aber nicht alle erhalten (Frericks et al. 2006, S. 478–481; Abrahamson 2008, S. 72; Green-Pedersen und Lindbom 2006, S. 245).

Leistungen bei Krankheit und Mutterschaftsurlaub entsprechen denen bei Arbeitslosigkeit. Das Recht auf die beiden erstgenannten Leistungen besteht schon nach kurzer Zeit in Beschäftigung. Um Arbeitslosengeld zu erhalten, muss man mindestens ein Jahr beschäftigt gewesen und Mitglied in der Arbeitslosenversicherung sein. Die Finanzierung aller drei Sozialleistungen erfolgt zu großen Teilen durch die hohen Einkommensteuereinnah-

men, aus der Mehrwertsteuer und aus Mitgliedsbeiträgen von Arbeitnehmern. Arbeitgeber zahlen für diese Leistungen keinen oder nur einen sehr geringen Anteil (Lykketoft 2009, S. 6–7).

Studienbeihilfen, vergleichbar zum Bafög, müssen nicht zurückbezahlt werden und für den Hochschulbesuch bestehen zahlreiche Finanzierungsmöglichkeiten durch Stipendien. Kindergärten oder Freizeitzentren, die sich um die Kinder nach dem Unterricht kümmern, werden steuerlich bezuschusst und Eltern müssen meist nur ein Drittel der Gesamtausgaben tragen. Rentner können im Alter durch eine kostenlose Haushaltshilfe oder Mietzuschüsse Unterstützung erhalten. Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte sind ebenfalls kostenlos und durch die Krankenversicherung abgedeckt (Lykketoft 2009, S. 7–8). Der Anteil, den der dänische Staat für seine sozialen Dienste ausgibt, ist deshalb sehr hoch und betrug 2010 mit 569 Mrd. DDK (ca. 76 Mrd. €) 33,5 % des Bruttoinlandsproduktes (Danmarks Statistik 2012b, S. 131).

2.4.3 Bildungspolitik

Der bedeutende dänische Pastor, Philosoph und Bildungspolitiker Nikolai Frederik Severin Grundtvig hat die Bildung in Dänemark mit seinen Gedanken geprägt und 1814 die erste Heimvolksschule, der Vorläufer der privaten freien Schule (Efterskole), gegründet. Seiner Meinung nach ist lebenslanges Lernen für ein erfülltes Leben unabdingbar, trägt zur persönlichen Entwicklung bei und führt die Gesellschaft auf einen demokratischen Weg. Das Prinzip viel Wert auf gute (Aus-/Weiter)Bildung zu legen, zeigt sich in Dänemarks Bildungspolitik, denn die Regierung versucht Chancengleichheit herzustellen und allen Personen – egal welcher Ethnie sie angehören oder aus welchem Land sie stammen – gleichen Zugang zu Wissen bereitzustellen, um soziale Gerechtigkeit und die Homogenität der Gesellschaft zu stärken. Bildungsziele sind Interdisziplinarität, fächerübergreifender Unterricht, Projektorientierung und der Fokus auf Informations- und Kommunikationstechnologien (Werler 2004a, S. 76–77). Werler fasst das Schulsystem Dänemarks folgendermaßen zusammen:

Das dänische Schulsystem kann ohne Zweifel zum skandinavischen Modell gezählt werden. Hauptkennzeichen sind darin ein ausgeprägtes reformpädagogisches und sozialdemokratisches Bildungsdenken. So wurde das Bildungswesen immer auch als Teil der Sozialpolitik verstanden. Seitens des Schulsystems wird eine hohe Bereitschaft zur Loyalität gegenüber dem Staat gezeigt. (Werler 2004a, S. 76)

Die institutionelle Bildung beginnt optional für Kleinkinder im Alter von sechs Monaten bis drei Jahre in einer Kinderkrippe. Daran schließt sich von drei bis sechs Jahren der Kindergarten an, in dessen letztem Jahr die Vorschule besucht wird. Offiziell besteht keine Schulpflicht, sondern eine allgemeine Unterrichtspflicht von neun Jahren, sodass grundsätzlich Heimunterricht gestattet ist, den aber nur wenige in Anspruch nehmen und nahezu alle Schüler besuchen eine öffentliche (ca. 80 %) oder private Schule (Friskole, ca.

20 %). Der Anteil von Schülern an Privatschulen nimmt stetig zu, weil seit den 1990er-Jahren die Schulwahl von mehr Wahlfreiheit gekennzeichnet ist. Dänemark verfügt über ein relativ liberales Bildungssystem und so ist bereits seit 1855 gesetzlich verankert, dass Lehrer oder Eltern unter bestimmten Voraussetzungen und unter staatlichen Richtlinien (z. B. einheitliche Abschlussprüfungen) eigene, private Schulen errichten können. Diese privaten Schulen haben oft ein fachspezifisches Profil und werden zum größten Teil (80–85 %) von öffentlichen Geldern finanziert (Justesen 2002, S. 27, 32). In der dänischen Bildungspolitik und im Besonderen im Schulwesen existiert somit eine hohe Wahlfreiheit der Schulen, die höher ist als in den anderen nordischen Ländern (Ståhlberg 1997, S. 99).

Mit 6–7 Jahren beginnt die 9-jährige öffentliche Grundschule (Folkeskole), welche die Primarstufe/Grundschule (Klasse 1–6) und untere Sekundarstufe (Klasse 7–9/10) umfasst. Darüber hinaus beinhaltet die Sekundarstufe nach der Folkeskole auch weiterführende Gymnasien, berufsbildende Gymnasien und die berufliche Bildung. Gymnasien bereiten hauptsächlich auf eine akademische Ausbildung an Universitäten vor, während die berufsbildenden Schulen praktischer orientiert sind (Werler 2004a, S. 79). Verantwortlich für die öffentlichen Schulen sind die 98 Gemeinden, für die Privatschulen sind es Elternvertreter, die sich jedoch an den vom Bildungsministerium gesetzten Rahmen zur Einhaltung der Bildungspläne halten müssen (OECD 2011a, S. 5–6). Einheitliche Abschlussprüfungen finden in der neunten bzw. zehnten Klasse statt, deren Ausgang allerdings nicht den Zugang zur höheren Sekundarbildung determiniert (OECD 2011a, S. 25). Um den Gleichheitsgedanken zu wahren, sind alle Schulbücher, die Schule selbst und andere Unterrichtsmaterialien kostenlos (Werler 2004a, S. 80–81). Der Schulunterricht endet relativ früh am Nachmittag und viele Schüler besuchen nach dem Unterricht kostenlose Einrichtungen für nachgelagerte Betreuung in der Schule, oder in außerschulischen Freizeiteinrichtungen (Abrahamson 2008, S. 68).

Nach der Grundschule ergeben sich 3 Möglichkeiten der Weiterbildung:

1. Es besteht die Möglichkeit einer dual organisierten beruflichen Ausbildung.
2. Absolventen des höheren Sekundarniveaus können ein allgemeinbildendes Gymnasium besuchen und an einem 3-jährigen Hochschulvorbereitungskurs (Højere Forberedelseksamen, HF-Kurs) als Vorbereitung für ein Studium teilnehmen.
3. Eine 2- bis 3-jährige Doppelqualifizierung an Handelsschulen (Højere Handelseksamen, HHX) und technischen Schulen (Højere Teknisk Eksamen, HTX) zählt ebenfalls zum höheren Sekundarniveau.

Die letzten beiden Weiterbildungsmöglichkeiten schließen mit dem Abitur (Studentereksamen) ab und führen zur Hochschulzugangsberechtigung. Während die allgemeinbildenden Gymnasien vor allem auf eine Universitätslaufbahn mit Bachelor- und/oder Masterabschluss abzielen, sind die Handelsschulen und technischen Schulen für die Ausbildung von Fachkräften in Handel, Wirtschaft, Technik, Betriebswirtschaft und Verwaltung zuständig. Die berufliche Grundausbildung wurde 2000/2001 reformiert und teilt sich in einen berufsschulgestützten Basiskurs und in einen theoretisch-praktischen Hauptkurs (Werler 2004a, S. 84–87).

Interessant ist ein Blick auf die Ergebnisse von Schulvergleichsstudien. Die TIMMS-Studie (Trends in International Mathematics and Science Study) von 2007 zeigt, dass dänische Schüler in Mathematik überdurchschnittlich gut sind. Während jüngere Umfrageteilnehmer bessere Leistungen erzielten, sind die Ergebnisse älterer Schüler im oberen Leistungsbereich zurückgegangen (OECD 2011a, S. 26). Die PISA-Ergebnisse von 2009 waren nicht so gut wie in Schweden und Finnland. Zwar waren die Leistungen im Bereich ‚Politisches Wissen‘ gut, aber besonders beim höchsten Schwierigkeitsniveau in anderen Themenkomplexen schnitten die Schüler schlechter ab. Die dänische Regierung reagierte auf diesen ‚Schock‘ mit mehr Evaluation von Schulen, Schülern, Lehrern und Abschlussprüfungen sowie mit nationalen Tests und deren Veröffentlichung zur besseren Vergleichbarkeit (OECD 2011a, S. 5–8).

Folkeskole-Lehrer sind Angestellte der lokalen Verwaltung und werden von dieser bezahlt. Sie müssen einen geprüften Lehramtsabschluss erworben haben oder einen vergleichbaren ausländischen Abschluss. Der Abschluss ist ein 4-jähriger Bachelorabschluss, der an Universitäten erworben wird, mit parallel stattfindenden praktischen Lehrtätigkeiten. Er befähigt zur Erziehung in der Primarstufe und der unteren Sekundarstufe. An Gymnasien unterrichten Fachlehrer, die mindestens zwei Fächer an einer Universität studiert haben. Nach dem Studium müssen sie eine theoretische und praktische Ausbildung von sechs Monaten absolvieren, während der sie bereits an einer Schule tätig sind. Dies ist mit dem deutschen Referendariat vergleichbar, das mit meist 18–24 Monaten aber deutlich länger ist (OECD 2011a, S. 74–75).

Seit den 1990er-Jahren besteht die freie Schulwahl im Gemeindegebiet. Aufgrund des demographischen Wandels werden immer weniger Kinder geboren und durch das Taxameterprinzip in der Subventionierung der Schüler, bei dem die Schule pro Schüler Geld erhält, wird das Ringen um die Anzahl der Schüler zwischen den Schulen immer stärker (Werler 2004a, S. 89). Da immer mehr Elternteile arbeiten, müssen der Staat oder andere Bildungseinrichtungen in zunehmend umfassender Weise die Erziehung der Kinder übernehmen, doch auch wenn die PISA-Ergebnisse von 2009 leichte Rückgänge in der oberen Spitze der Leistungen offenbarten, ist die Gleichheit im System weiterhin sichergestellt und das allgemeine Bildungsniveau hoch. Dazu wird das Prinzip der Einheitsschule verfolgt und die Schüler bleiben in einer langen Grundschulzeit gemeinsam im Klassenverband. Feststellbar ist dennoch eine leichte Tendenz zum Besuch von Privatschulen und das Schulsystem wird häufiger von ökonomischen Interessen geleitet (OECD 2011a, S. 24).

2.4.4 Außen- und Sicherheitspolitik und internationale Organisationen

Als Anrainerstaat der Nord- und Ostsee war für Dänemark Handelsfreiheit innerhalb Europas immer wichtig, auch aus dem Grund, dass Dänemark wenige Bodenschätze hatte und lange Zeit keine Energieressourcen aufweisen konnte. Deshalb trat Dänemark 1960 der EFTA, der europäischen Freihandelszone, und 1973 der EWG bei. Innenpolitisch war der EWG-Beitritt trotz eines relativ klaren positiven Referendums umstritten und die

bislang sechs durchgeführten Europa-Referenden zeigen die gespaltene Meinung, welche die Dänen gegenüber Europa haben. Einerseits sind sie für eine wirtschaftliche Integration, andererseits gegen eine politische (z. B. Ablehnung des Euro). Da Dänemark seit 1973 Mitglied der EU ist, ist das Land gezwungen Gesetzesvorschläge von der EU-Ebene in nationales Recht zu überführen.

Im Jahr 1949 wurde Dänemark Gründungsmitglied der NATO und hat damit einen neuen außen- und sicherheitspolitischen Weg eingeschlagen, weg von der traditionellen Neutralitätspolitik, was sich mit den Militäreinsätzen in Afghanistan oder im Irak belegen lässt. Zudem ist Anders Fogh Rasmussen (dänischer Ministerpräsident der Liberalen von 2001 bis 2009) seit 2009 Generalsekretär der NATO.

Zunächst waren nicht alle Parteien des Folketings für einen NATO-Beitritt. Die Sozialliberalen wollten Neutralität wahren und nur ein begrenztes Budget für Verteidigungsmaßnahmen ausgeben. Die Sozialdemokraten befürworteten den Beitritt und konnten letztendlich die anderen Parteien überzeugen (Damgaard 1974, S. 118). Man wollte sich in Zeiten des Kalten Krieges vor dem Osten schützen und schloss sich nach dem 2. Weltkrieg klar und deutlich dem Westen an. Dänemark wollte damals allerdings eigentlich eher ein rein skandinavisches Sicherheitsbündnis und sich keinem Block zuordnen (was einen NATO-Eintritt also eigentlich ausgeschlossen hätte). Die Verhandlungen zwischen Schweden, Dänemark und Norwegen scheiterten jedoch, vor allem aufgrund der absoluten Neutralität Schwedens. Dänemark hatte nunmehr nur die Wahl wie Schweden neutral zu bleiben (was ausgeschlossen wurde) oder sich wie Norwegen dem Westen anzuschließen (Frandsen 1994, S. 197–202).

In der Beziehung zu Deutschland war ein wichtiger Einschnitt der NATO-Beitritt Westdeutschlands 1955. Die BRD hatte damals noch eingeschränkte Souveränität und für den Beitritt war die Zustimmung Dänemarks nötig. Bei diesen Verhandlungen handelte die dänische Regierung einen Minderheitenschutz für die Dänen in Südschleswig (Deutschland) aus. Die deutsche Minderheit in Nordschleswig wurde ebenfalls unter Minderheitenschutz gestellt (1955) (Frandsen 1994, S. 196–197). Die dänische Minderheit formt in Schleswig-Holstein heute den Südschleswigschen Wählerverband (SSW).

Dänemark ist seit Juli 1945 Gründungsmitglied der Vereinten Nationen und das Engagement lässt sich darin belegen, dass Kopenhagen mehrere Institutionen der UN beherbergt.

Mit den anderen nordischen Ländern ist Dänemark über den Nordischen Rat (Nordisk Råd) verbunden. Frandsen bezeichnet nordische bzw. skandinavische Bündnisse als wenig effektiv und es ergeben sich nur geringe Erfolge in der Zusammenarbeit. Stattdessen seien die Schritte zur EU-Integration von Dänemark, Schweden und Finnland oder der Beitritt zur europäischen Freihandelszone bedeutsamer (Frandsen 1994, S. 203). Ein Beleg für die misslungene Zusammenarbeit war die NORDEK-Initiative Dänemarks, eine wirtschaftliche Union in Skandinavien voranzutreiben. Dieses Ziel verfolgte Dänemark nach dem gescheiterten EU-Beitrittsversuch 1970. Gemeinsam mit Schweden, Norwegen und Finnland wollte man NORDEK gründen und ein unterschriftsreifer Vertrag lag vor, doch unerwartet zog Finnland seine Teilnahme zurück (Petersen u. Elklit 1973, S. 201).

Im Folgenden soll noch einmal der Beitritt Dänemarks in die EG, die heutige EU, näher beschrieben werden, weil Dänemark das erste der nordischen Länder war, das diesen Schritt „wagte“. Um der EU beitreten zu können, musste die Verfassung 1953 angepasst werden, in der ein Gesetz verankert wurde, das vorsah, dass bei bestimmten Situationen durch eine Fünf-Sechstel-Mehrheit im Folketing oder eine einfache Mehrheit mit einem Referendum Entscheidungskompetenzen an supranationale Ebenen abgetreten werden konnten. Bereits 1960 trat Dänemark der EFTA bei, da hier ein Beitritt leichter möglich war als in die EG, weil es sich nur um eine wirtschaftliche und keine politische Integration handelte (Frandsen 1994, S. 204).

Für den Beitritt zur EG musste ein Referendum durchgeführt werden. Bis auf die Sozialdemokraten hatten die Parteien des traditionellen Systems einheitliche Meinungen und befürworteten den Beitritt. Das linke Lager der Sozialdemokraten sowie die Sozialistische Volkspartei waren dagegen und formierten sich in der ‚Volksbewegung gegen die EG‘ (Folkebevægelsen mod EF). Obwohl sich die LO für den Beitritt aussprach, positionierten sich einzelne Gewerkschaften wie die Metallarbeiter gegen den Beitritt. Ein schlagkräftiges Argument für den Beitritt war die Tatsache, dass England als damals wichtigster Handelspartner zuvor Mitglied der EG geworden war und man in einer gemeinsamen Freihandelszone mit diesem Partner bleiben wollte. Beitrittsgegner führten eine potentielle Abhängigkeit an und dass das bevölkerungsarme Dänemark zwischen den großen europäischen Staaten untergehen könne und von ausländischen Unternehmen überflutet würde. Obendrein sei die EG zu kapitalistisch strukturiert und man sollte nicht als einziger nordischer Staat dem Bündnis beitreten, denn das wäre schlecht für den Umgang mit den nordischen Nachbarn.

Das Referendum am 02.10.1972 hatte mit 90,1 % die höchste Wahlbeteiligung aller Referenden in Dänemark. In Norwegen hatte nur eine Woche zuvor ebenfalls ein EU-Referendum stattgefunden, das negativ ausgefallen war (Petersen und Elklit 1973, S. 206–208), hingegen war das Ergebnis in Dänemark positiv und seit 01.01.1973 kann sich Dänemark zu den EU-Ländern zählen (Petersen und Elklit 1973, S. 198–199).

Zu heftigen Diskussionen, vor allem in Deutschland, führten verschärfte Grenzkontrollen in den letzten Jahren. Von 1993 bis 2008 gab es einen großen Einwanderungszustrom nach Dänemark, bei dem viele Einwanderer im Zuge einer Familienzusammenführung zu Familienmitgliedern nach Dänemark migrierten, woraufhin die rechtsliberale Regierung trotz des Schengen-Abkommens Grenzkontrollen verschärfte. Der außenpolitische Druck auf die Regierung wurde so groß, dass die Kontrollen nach kurzer Zeit wieder eingestellt wurden (Hopmann 2011, S. 11–12).

2.5 Fazit und Einordnung

Der dänische sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat ist über viele Jahrzehnte gewachsen und hat sich vor allem seit den 1960er-Jahren zu einem Modell entwickelt, das ein hohes Steueraufkommen benötigt, aber seinen Bürgern auch umfangreiche Leistungen zugesteht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind zwar ein wenig schwächer ausgeprägt als beim Nachbarn Schweden, jedoch ist auch Dänemark auf Gleichheit und Ausgleich von Disparitäten bedacht. Einen Widerspruch hierzu stellt allerdings die Einwanderungspolitik der letzten Jahre dar.

Sozialpolitisch besonders interessant ist das Konzept der Flexicurity auf dem Arbeitsmarkt: Der Staat garantiert seinen Bürgern Sicherheiten, vor allem durch umfangreiche Arbeitslosenregelungen, aber er fordert zunehmend Pflichten ein. Die Bürger sollen für den Arbeitsmarkt flexibel sein und sich aktiv in die Jobfindung einschalten. Dabei ist vor allem die kommunale Ebene als Anlaufstelle wichtig, denn diese hat neben der nationalen Ebene viel Handlungsspielraum und kann sich entlang nationaler Richtlinien ihr eigenes Profil entwerfen.

Das Parteiensystem hat sich seit der „Erdrutschwahl“ von 1973 stark verändert, womit eine Phase einher ging, in der Regierungen unterm Strich an Einfluss verloren und das Parlament an Einfluss gewann. Der Grund dafür ist zum einen, dass die Parteien nicht mehr so viele Mitglieder haben wie in der Genese-Phase des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats und sich parallel typische Stammwählerschaften (v. a. bestimmte Berufsgruppen) verändert haben. Zum anderen gab es in der jüngeren dänischen Geschichte häufig Minderheitsregierungen, die nur durch Kompromisse und Konsens regieren konnten und in deren Rahmen bleibt immer fraglich, ob die beteiligten Parteien wieder Wahlergebnisse mit stabilen Mehrheiten erreichen werden.

Für das Fortbestehen der wirtschaftlichen Stärke Dänemarks setzt der Staat auf Bildung. Von frühkindlicher Betreuung über Erwachsenenbildung bis zum Leitbild des lebenslangen Lernens möchte die dänische Bildungspolitik das Potenzial des Humankapitals in der Wissensgesellschaft bestmöglich ausschöpfen – und damit auch einen Grundstein für die Chancengleichheit in der dänischen Gesellschaft festigen. Es handelt sich hierbei um ein wichtiges normatives Leitbild dänischer Politik und in der Tat wird dem Land im internationalen Vergleich ein sehr hohes Niveau an Gleichheit attestiert (OECD 2011a, S. 24). Dies spiegelt sich in dem von Lykketoft beschriebenen „dänischen Modell“ zur Gestaltung von Wirtschafts- und Sozialpolitik wider. Es beinhaltet

- „eine nahezu gleichmäßige Verteilung von Qualifikationen, eine hohe Beteiligung am Arbeitsmarkt von sowohl Männern als auch Frauen;
- eine umfangreiche Umverteilung durch ein progressives Steuersystem, das öffentliche Leistungen im Bereich der Bildung, Kinderbetreuung, Altenpflege und im Gesundheitswesen finanziert,
- außergewöhnlich geringfügige Unterschiede im Lebensstandard zwischen Arm und Reich im Vergleich mit anderen Ländern;
- die relativ hohe Steuerquote – besonders bei Privateinkünften und beim Konsum –, die eng verbunden ist mit Erfolgen bei Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, in eine gute Infrastruktur etc.; ferner niedrige Unternehmenssteuern und geringe gesetzliche Beiträge zur Sozialversicherung für die Arbeitgeber;
- einen öffentlichen Dienst, der im internationalen Vergleich sehr effektiv und bürgerfreundlich ist; Korruption gibt es so gut wie gar nicht“ (Lykketoft 2009, Titelblatt).

Nach den Ergebnissen der PISA-Studie, in deren letzten Ausgaben Dänemark nicht so positiv abgeschnitten hat wie Schweden oder Finnland, bleibt abzuwarten, wie sich die Bildungspolitik weiterentwickelt. Als wichtigste Ressource Dänemarks gilt innovationsfähiges Wissen als Grundlage exportorientierter Dienstleistungen. Allerdings waren die Leistungen der Schüler besonders im Spitzenbereich schlechter als erwartet. Zwar reagierte der Staat mit der Einführung eines Evaluationssystems für öffentliche Schulen, dennoch haben Privatschulen einen immer größeren Zulauf. Man wird sehen, ob das dänische Bildungssystem zunehmend privatisiert wird und sich Elite-Unis herausbilden. In gewissem Maße würde dies sicherlich dem dänischen Gleichheitsprinzip widersprechen, da so die Gefahr bestünde, die Schere zwischen Arm und Reich weiter zu öffnen. So lassen sich Privatisierungsbestrebungen bereits in der Altersvorsorge erkennen, bei der immer größere Anteile der Oberschicht private Vorsorge betreiben und auch bei den Arbeitslosenkassen, in denen eine zunehmende Wahlfreiheit besteht.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik lassen sich zwei spannende Themen identifizieren, die es in Zukunft zu beobachten gilt und die beide mit dem Klimawandel zusammenhängen. Im Jahr 2009 fand die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen statt, bei der sich die Stadt als weltoffen, modern, interkulturell und nachhaltig präsentierte. In der Hauptstadt der Fahrräder mit bis zu dreispurigen Fahrradautobahnen ist gerade die Nachhaltigkeit in Bezug auf Energiegewinnung und Umgang mit Ressourcen wichtig und man versucht Vorbild für andere Länder zu sein. Deshalb ist die Windkraft mit vielen Windparks auf dem Land oder im Meer ein wichtiger Teil der Energiepolitik und der dänischen Wirtschaft insgesamt.

Darüber hinaus beteiligt sich Dänemark am „Scramble for Arctica“: Durch die Erderwärmung schmelzen bekanntlich die Polkappen ab und der Meeresspiegel erhöht sich, wodurch im Nordpolarmeer und im Nordatlantik neue Handelsrouten frei werden und sich neue Möglichkeiten für die Entnahme von Rohstoffen ergeben. Mit Grönland hat Dänemark in diesem Bereich Hoheitsansprüche und versucht weite Teile des Gebietes für sich zu beanspruchen. Als Seefahrernation mit zahlreichen großen Reedereien wird sich Dänemark intensiv an der Erschließung neuer Gebiete beteiligen.

2.6 Drei Titel zum Weiterlesen

1. Andersen, Torben M. und Svarer, Michael (2007): Flexicurity – Labour Market Performance in Denmark. In: *CESifo Economic Studies* (53), H. 3, S. 389–429. Verfügbar unter: <http://cesifo.oxfordjournals.org/content/53/3/389.full>
 - Die beiden Autoren stellen in ihrem Aufsatz Dänemark als Paradebeispiel der Flexicurity auf dem Arbeitsmarkt dar. In ihren umfangreichen Ausführungen schildern sie sowohl die historische Entwicklung hin zu mehr Aktivierung in der Arbeitsmarktpolitik mitsamt den durchgeführten Reformen als auch zahlreiche empirische Befunde über finanzielle Aufwendungen für Aktivierung. In ihrer Auswertung gehen

- Andersen u. Svarer auf die Übertragbarkeit auf andere Länder und die (positiven) Effekte solch einer Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik ein.
2. Carlsson, Carl-Magnus et al. (Hrsg.) (2012): Rethinking Transport in the Øresund Region Policies, Strategies and Behaviours. Lund. Verfügbar unter: <http://www.interreg-oks.eu/se/Menu/Projektbank/Projektlista+%C3%96resund/Rethinking+Transport+in+the+%C3%98resund+Region>
 - Dieser Sammelband setzt sich aus Beiträgen dänischer und schwedischer Wissenschaftler der Öresund Region zusammen, die sich mit den Themen nachhaltiger und zukunftsorientierter Verkehrs- und Transportplanung sowie mit neuen Möglichkeiten des Mobilitätsmanagements anhand der grenzüberschreitenden Region auseinandersetzen. Die vielfältigen politischen und verkehrsgeographischen Themen verweisen auf dänisch- und schwedischsprachige Literatur und stellen die Zusammenarbeit und Funktionsweise einer grenzüberschreitenden Kooperation innerhalb eines INTERREG IV-A-Projektes prototypisch dar.
 3. Damgaard, Erik (1974): Stability and Change in the Danish Party System over Half a Century. In: *Scandinavian Political Studies* 9 (9), S. 103–125.
 - Aus historischer Perspektive ist Damgaards Aufsatz zur Entwicklung der dänischen Parteienlandschaft interessant. Er zeigt darin sowohl Konstanten als auch Veränderungen der Parteien auf und nimmt die Erdrutschwahl des Jahres 1973 in den Fokus. Zahlreiche Tabellen zu Wahlergebnissen, Wahlverhalten und Parteienveränderungen untermauern seine Ausführungen.

2.7 Übungsfragen

Übungsfragen 2 und 3

Frage 2

Bitte erläutern Sie das „Genter Modell“ der Arbeitslosenversicherung.

Schwierigkeitsgrad: 1

Frage 3

David Etherington hat die dänische Arbeitsmarktpolitik als „welfare-through-work-model“ bezeichnet. Welche konkreten Beispiele stützen diese These Ihrer Meinung nach?

Schwierigkeitsgrad: 2

Musterlösungen zu den Übungsfragen können im Internet unter www.springer.com/springer+vs/politik/book/978-3-658-02030-9 heruntergeladen werden.

Die nordischen Länder

Politik in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden

Förster, C.; Schmid, J.; Trick, N.

2014, XVI, 247 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-02030-9